

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Straßstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5446 u. 5447.

Nummer 15

Berlin, den 11. April 1931

6. Jahrgang

Gewerkschaften und Nationalisierung / von Theodor Leipart

Beifolgend drucken wir einen sehr beachtenswerten Artikel ab, den der Kollege Theodor Leipart für das „Jahrbuch der Sozialpolitik“, Verlag Geisinger Verlagsgesellschaft, Leipzig, schrieb.

Es ist den Gewerkschaften häufig das Lob erteilt worden, daß sie in richtiger Erkenntnis volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten sich zur Nationalisierung bekannnt hätten, obgleich sie wußten, daß diese Maßnahme zunächst Arbeitslosigkeit innerhalb ihrer Mitgliedschaft auslösen werde. In letzter Zeit freilich konnte man auch manches Bittere und Tadelnde Wort hören. So klang uns aus Unternehmerkreisen verschiedentlich der Vorwurf entgegen, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie durch den ständigen Druck der Gewerkschaften zur Nationalisierung hervorgerufen sei. Hin und wieder sind selbst einzelne unserer Mitglieder an der Zweckmäßigkeit unserer Haltung irre geworden. Diese Vorwürfe und Zweifel sind allerdings weniger auf sachliche Erwägungen zurückzuführen als auf gefühlsmäßige Aufwallungen, die unter dem lähmenden Eindruck der augenblicklichen Wirtschaftskrise entstanden sein mögen. Um so lieber ergreife ich deshalb die Gelegenheit, die Stellung der Gewerkschaften zur Nationalisierung nochmals darzulegen und unsere früheren programmatischen Ausführungen zu erläutern und zu ergänzen.

Der erste Eindruck von den Auswirkungen der Nationalisierung auf dem Arbeitsmarkt pflegt freilich niederdrückend zu sein. Denn was ist die Folge beispielsweise für den Bergarbeiter, wenn sich der Schichtförderanteil je Kopf der bergmännischen Belegschaft von 1925 auf 1930 um 47 v. H. erhöht hat? Wohin wir auch blicken, selbst in den entlegensten Winkeln der industriellen Produktion zeigt sich das gleiche Bild. So ist in den Flaschenwerken Berliner Brauereien die Flaschen- bzw. Stufenleistung im Jahre 1930 gegenüber 1924 um 122 bzw. 123 v. H. gestiegen. Eine bayerische Pianofabrik produzierte 1929 mit 18 Arbeitern das gleiche, was sie 1924 mit 50 Arbeitern geschafft hatte. Eine Meißnerfabrik in derselben Gegend verringerte von 1924 auf 1929 ihre Belegschaft von 1084 auf 480 Mann, steigerte aber ihre Wabenproduktion von 1925 auf 10.200 Stöck.

Aus allen diesen Beispielen, die noch beliebig vermehrt werden könnten, folgert man oft, daß die Nationalisierung in ununterbrochenem Strome Arbeitskräfte freisetzt, und sieht in Gedanken schon den Zeitpunkt heranrücken, an dem ein Drittel oder gar die Hälfte aller Arbeitnehmer rettungslos ewiger Erwerbslosigkeit preisgegeben seien. Freilich überfieht man dabei zu leicht, daß die Nationalisierung selbst bereits die Gegenkräfte gegen diese Bewegung in sich trägt. Jede neue Maschine, die später menschliche Arbeitskraft ersetzen soll, muß erst einmal entworfen und gebaut werden, gibt also zahlreiche Konstruktoren, Dreher, Monteure usw. neue Arbeitsgelegenheit. Jede Maschine, die ein Betrieb an die Stelle der entlassenen Arbeiter setzt, benötigt Wartung und Ausbesserungen, schafft also Arbeitsplätze für Maschinenmeister, Reparaturmechaniker usw. Es dürfte bekannt sein, daß die modernen Maschinenbetriebe immer mehr dazu übergehen, sich für ihr unendlich vielfältiges Apparate- und Maschinensystem eigene Konstruktions- und Reparaturwerkstätten anzuschließen. Auf diese Weise kehrt ein Teil der menschlichen Arbeitskraft, die infolge der Nationalisierung überflüssig wird, in anderer Form wieder in den Betrieb zurück. So wichtig es nun wäre, diesen ständigen Ab- und Züwanderungsprozeß im einzelnen kennen zu lernen, so sehr fehlt zur Zeit noch ein Ueberblick über die Umschichtung, die sich innerhalb der Betriebe laufend vollzieht. Aufklärendes Zahlenmaterial wird wohl erst die nächste Berufsählung liefern.

Eines steht freilich fest: Wenn auch die Nationalisierung nicht in dem vielfach befürchteten Umfange die Erwerbslosigkeit vermehrt — Arbeitskräfte setzt sie in jedem Falle frei. Denn sonst wäre sie keine Nationalisierung, d. h. Einsparung von Kapital und Arbeitskraft. Nationalisierung bedeutet Einsparung von Kapital und Arbeitskraft zu dem Zwecke, die Ergiebigkeit der Produktion zu steigern. Ich kann ihren Sinn vielleicht mit einem der Privatwirtschaft entlehnten Ausdruck anschaulicher ausdrücken, indem ich sage: Nationalisierung bedeutet Steigerung der Rentabilität. Aber — auf diesen Punkt sei mit allem Nachdruck hingewiesen — nicht der privatwirtschaftlichen, sondern der volkswirtschaftlichen Rentabilität. Zweck der Volkswirtschaft ist und bleibt die möglichst vollkommene Befriedigung der Bedürfnisse des gesamten Volkes. Da einerseits diese Bedürfnisse dauernd wachsen, andererseits aber die Kaufkraft zu ihrer Befriedigung nicht ausreicht, so ist es Aufgabe der Volkswirtschaft, die begehrten Güter nicht nur in genügender Menge, sondern auch zu billigsten Preisen zu liefern. Preisentkennungen sind aber vielfach nur möglich, wenn es gelingt, die Waren billiger herzustellen, also unter Einsparung von Kapital und Arbeitskraft. Aus diesem Grunde ist die Nationalisierung eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, und deshalb wird sie von den Gewerkschaften gefördert.

Nun entsteht freilich eine scheinbare Schwierigkeit. Werden nicht die durch die Nationalisierung erzielten Ersparnisse wieder dadurch aufgezehrt, daß die freigesetzten Arbeitskräfte zwar den Ertrag der Volkswirtschaft nicht durch ihrer Hände

Arbeit vermehren, aber trotzdem von der Allgemeinheit miternährt werden müssen? Es ist richtig, daß die Nationalisierung Arbeitskräfte freisetzt, und es ist die Pflicht der Allgemeinheit, für diese schuldlosen Opfer volkswirtschaftlicher Fortschritte einzutreten. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften eine umfassende Arbeitslosenversicherung als notwendige soziale Ergänzung aller volkswirtschaftlichen Ersparungsmaßnahmen von jeher gefordert. Worauf es hier ankommt, ist folgendes: Die Arbeitslosigkeit ist zwar unvermeidlich, jedoch — wenn die später zu besprechenden Fehler vermieden werden — nur vorübergehend. Denn die richtig durchgeführte Nationalisierung liefert selbst die Mittel zur Überwindung der durch sie hervorgerufenen Schäden. Wenn z. B. ein Paar Schuhe durch bessere Ausnutzung der Produktionsmittel nur noch 10 statt 12 RM kostet, bleibt jedem Käufer von Schuhwerk ein Betrag von 2 RM zu anderweitiger Verwendung übrig. Um diese 2 RM je Käufer steigt also die Nachfrage, sei es nach Schuhen, sei es nach anderen Waren; die erhöhte Nachfrage erfordert eine Vermehrung der bisherigen Erzeugung, die nur mit Hilfe neuer Maschinen und neuer Arbeitskräfte bewältigt werden kann. Das heißt, jede Nationalisierung scheidet zwar vorübergehend menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß aus; sie schafft aber — unter größeren oder geringeren Nebenwiderständen je nach dem herrschenden Wirtschaftssystem — durch Freisetzung von Kaufkraft die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der überzähligen.

Aus den dargelegten Gründen dürfen wir den Schluß ziehen, daß keine Volkswirtschaft auf dauernde Nationalisierung verzichten kann, sofern sie ihre inneren Kräfte entfalten und der Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder dienen will. Gleichgültig, ob die Volkswirtschaft unter dem Zeichen des Kapitalismus oder des Sozialismus steht — die Wohlstandsteigerung kann nur auf dem Wege der Nationalisierung erfolgen. Das Maß und der Wirkungsgrad der Steigerung der volkswirtschaftlichen Rentabilität hängt freilich von der Wirtschaftsform ab. Im Kapitalismus erfolgt sie sprunghaft, weil ungerichtet; im Sozialismus wird sie beständig, weil planmäßig erfolgt; dort wird sie überhastet und daher mit zahlreichen Fehlschlägen sowie unnötigen Nebenverlusten betrieben; hier behutsam und mit sicherem Erfolge.

Die Gewerkschaften anerkennen also den Gedanken der Nationalisierung. Aber sie bekämpfen die Fehlnationalisierung, die gerade in den letzten Jahren einen übergroßen Raum innerhalb des Gesamtprozesses der Nationalisierung eingenommen hat. Ob der Fehler an dem Unvermögen der einzelnen „Wirtschaftsführer“ liegt, oder ob die Leiter der großen Unternehmungen nur als nichtverantwortliche Werkzeuge des kapitalistischen Systems zu betrachten sind, mag hier unerörtert bleiben. Aber ich betone mit allem Nachdruck, daß die Gewerkschaften bereits am Beginn der letzten Nationalisierungswelle alle Fehler vorausgesehen haben, die tatsächlich begangen worden sind. Ihre Warnungen sind leider vergeblich geblieben. (Schluß folgt.)

Ein neues Tarifrecht?

Der Reichsarbeitsminister hat wiederholt angekündigt, daß man sich in seinem Ministerium seit längerer Zeit mit der Reform unseres Tarifrechts beschäftigt. Was bisher aber über die Art der Änderungen bekannt wurde, ist zwar herzlich wenig, aber immerhin wichtig genug, um nicht unberücksichtigt zu bleiben. In erster Linie soll nämlich die Frage der Tariffähigkeit insofern neu geregelt werden, als künftig die Entscheidung über die Tariffähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr beim Arbeitsgericht liegt, sondern einer paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzten Körperschaft überlassen werden soll.

In seiner Essener Rede hat Reichsarbeitsminister Stengevald sich über das neue Tarifrecht dahingehend geäußert, daß dieses eine Art Gemeinschaftsrecht im kooperativen Sinne sein soll. Der neue Gesichtswinkel soll vor allem die Bildung von Tarifgemeinschaften vorziehen, die ermächtigt werden sollen, von sich aus die Arbeitsbedingungen ganzer Berufsgruppen zu regeln. Leider sind die Verhandlungen über die Pläne des Arbeitsministeriums nicht klar genug, um daraus sich schon ein richtiges Bild von der künftigen Gestaltung unseres Tarifrechtes machen zu können. Manche Auslegungen der Ausführungen Stengevalds gehen allerdings soweit, als schwebte dem Reichsarbeitsminister die gesetzliche Festlegung von Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor.

Bestere bisher unwiderprochene Auffassung erinnert unwillkürlich an die Arbeitsverfassung im faschistischen Italien. Wenn der dort vorhandene übertriebene staatliche Einfluß auf die Gestaltung der italienischen Arbeitsbedingungen bei uns in Deutschland wohl kaum Wirklichkeit werden dürfte, so

bleibt der deutschen Arbeiterschaft noch Grund genug, der künftigen Entwicklung unseres Tarifrechtes größte Aufmerksamkeit zu schenken. Der gegenwärtig bestehende reine politische Lohn befragt ja nach dieser Richtung hin bereits reichlich viel. Jedenfalls haben wir künftig noch schwere Kämpfe um die Erhaltung und eine gesunde Fortentwicklung unseres Arbeitsrechtes zu bestehen.

Wie weit beispielsweise die Unternehmerwünsche hierbei gehen, darüber konnte man kürzlich in der „Münchener Zeitung“ recht ergötliche Dinge lesen. So wurde beispielsweise von einem Arbeitgeberverband der Vorschlag gemacht, man möge auf Grund einer Gesetzesänderung anerkennen, daß die heutigen Tariflöhne nicht mehr als Mindestlöhne, sondern als Höchstlöhne gelten sollen. Freie Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitern soll es dann vorbehalten bleiben, die tariflichen Höchstlöhne bis auf das Existenzminimum herabdrücken zu können. Als Existenzminimum galt dann für diesen famosen Vorschlag die jeweilige Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Es ist nur verwunderlich, daß eine große Tageszeitung, die Anspruch darauf macht, ernst genommen zu werden, einen solchen blühenden Unsinn überhaupt abdruckt.

Im übrigen aber drängt die Bildung neuer gewerkschaftlicher Organisationen, wie wir sie zur Zeit in größerem Umfange erleben, zweifellos zu einer Überprüfung der Frage der Tariffähigkeit, zumal die Spruchpraxis des Reichsarbeitsgerichts in dieser Hinsicht häufig verlagert hat, insbesondere dann, wenn in einem Werkverein von kaum 200 Mitgliedern das Recht auf den Abschluß eines eigenen Tarifvertrages zusprach. Georg Raible.

Verkürzung der Arbeitszeit als Kampfziel

Dem jüngeren Geschlecht der Arbeiterschaft ist es weniger verständlich, welche großen Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit seit mehr als 100 Jahren geführt wurden. Als der Kapitalismus seine Herrschaft antrat, bestand eine überaus lange Arbeitszeit. Arbeitszeiten von 14 bis 18 Stunden täglich waren die Regel. Im vorkapitalistischen Handwerk war die Arbeitszeit nicht geringer, sie wurde aber durch die vielen Feiertage und den blauen Montag wesentlich gemildert. In England, dem Mutterlande des Kapitalismus, fehlte bereits früh eine Bewegung gegen die lange Arbeitszeit ein. Als einer der erfolgreichsten Vorkämpfer in dem Ringen um die Verkürzung der Arbeitszeit kann einer der hervorragenden Utopisten, der englische Spinnereibesitzer Robert Owen, bezeichnet werden. Er führte in seinem Betriebe die achtstündige Arbeitszeit ein und verlangte deren Verankerung in der Gesetzgebung. Im Jahre 1818 wandte er sich mit einer Denkschrift an die in der „Heiligen Allianz“ zusammengefaßten Regierungen. Er trug diese Vorkämpferin der europäischen Arbeiterschaft noch viele Jahrzehnte unter einer unmenlich langen Arbeitszeit zu leiden gehabt.

Doch war das Wirken von Robert Owen und die harten Bemühungen der englischen Gewerkschaften von teilweisem Erfolg begleitet. Der Kampf der Trades-Unions gegen die gesundheitsverfürende Arbeitszeit setzte bereits im Jahre 1802 ein. Er wurde mit Hartnäckigkeit Jahrzehnte hindurch geführt, bis im Jahre 1867 ein Normalarbeitsstag von 10 Stunden gesetzlich eingeführt wurde. Bereits im Jahre 1847 wurde für weibliche und jugendliche Arbeiter in der englischen Textilindustrie die 68-Stundenwoche eingeführt. Im englischen Bauergewerbe und in der Maschinenindustrie, wenigstens in großen Teilen derselben, trat schon Anfang der 40er Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden ein. In Australien wurde durch Fabrikgesetz im Jahre 1874 die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich beschränkt. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika kam es infolge gewerkschaftlicher Anstrengungen zu wesentlicher Verkürzung der

Arbeitszeit. Trotzdem war hier der Zwölftundentag mit entsprechenden Pausen die Regel. Ein im Jahre 1868 eingeführtes Gesetz für alle Staatsbetriebe den Achtstundentag anzuerkennen, kam nicht zur Durchführung. Erst 1883 bzw. 1892 gelang eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Staatsbetrieben, die auf 8 Stunden täglich begrenzt sein sollte. In Frankreich hatte die Revolution von 1848 den zwölfstündigen Normalarbeitsstag gebracht. Durch Dekret von 1900 wurde ein Maximalarbeitsstag für alle Betriebe, in denen Männer, Frauen und Jugendliche zusammenarbeiten, auf elf Stunden und im Verlauf von vier Jahren auf zehn Stunden täglich beschränkt. Die Gewerbenovelle von 1885 brachte in Oesterreich den Elfstundentag für gewerbliche Betriebe. In der Schweiz wurde durch das Fabrikgesetz von 1877 die Arbeitszeit auf 11 Stunden, an den Vorabenden von Sonntag und Feiertagen auf zehn Stunden täglich begrenzt. Alle diese im Laufe der Jahre erreichten Errungenschaften sind auf das unablässige Drängen der Arbeiterorganisationen zurückzuführen.

In Deutschland war der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit am hartnäckigsten. Eine ununterbrochen lange Arbeitszeit bestand lange Zeit hindurch. In den vier Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts bürgerte sich allgemein der zwölfstündige Schichtwechsel ein. Dagegen blieb die Arbeitszeit in den Industrien ohne Schichtwechsel außerordentlich lang. Im Bunde mit den Gewerkschaften reichte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion immer wieder Gebekentwürfe ein, die zum Ziele hatten, die Arbeitszeit auf zehn Stunden bzw. neun Stunden zu begrenzen. Diese wurden immer wieder abgelehnt. Das Arbeiterchutgesetz von 1891 brachte zum ersten Male eine Bestimmung für die Arbeitsdauer der Fabrikarbeiterinnen, die auf höchstens elf Stunden täglich, an Sonntagen auf zehn Stunden beschränkt sein sollte. Einen Anschauungsunterricht über den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit erhält man, wenn man die Protokolle der Reichstags- und der Gewerkschaftskongresse durchblättert. Im November 1867 forderte die

Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Einführung eines Maximalarbeitsgesetzes von zwölf Stunden, einschließlich zwei Stunden Pausen für Mahlzeiten. Auf dem Antrag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenacher Richtung, im Juni 1910 führte der Delegierte Port aus Hamburg noch lebhaftest Beschwerde, daß in den meisten Orten Deutschlands noch eine 16- bis 18 stündige Arbeitszeit bestehe. Er sagte in diesem Zusammenhang: „Wenn die Industrie in Deutschland nur bestehen kann durch eine so unvernünftig lang ausgedehnte Arbeitszeit, wenn sie es nicht vertragen kann, daß die Arbeiter nur menschlich arbeiten, dann ist es besser, die Arbeiter, die jetzt in den Fabriken hinein geschoben werden, werden der Landwirtschaft nicht entfremdet.“ Es wurde eine Entschließung angenommen, die den zehn stündigen Normalarbeitstag fordert. Selbst noch auf dem Parteitag zu Erfurt 1911 erklärte der Referent Hoffmann n. a.: „Auch der zehnstündige Tag wäre schon ein gewaltiger Eingriff in das letzte Produktionsmittel, wo heute noch teilweise 16 bis 18 Stunden gearbeitet wird. Hätten wir nur den zehnstündigen Arbeitstag, dann wären wir unbedingt gerade in diesem Punkt allen anderen Ländern voraus.“ Gerade diese Bemerkung beweist, wie außerordentlich langsam die Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland vor sich ging. Die nach 1890 erstarrten Gewerkschaften richteten ihr Hauptaugenmerk auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Schritt um Schritt wurde um Erfolge gerungen. Allgemein bestand vor dem Kriege der neun- und zehnstündige Arbeitstag. Einzelne Betriebe arbeiteten allerdings schon acht Stunden. Erst nach dem Kriege gelang es die gesetzliche Arbeitsbeschränkung zu erreichen. Am 15. November 1918 wurde zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden eine Vereinbarung getroffen, deren § 9 folgendes bestimmte: „Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.“ Durch eine Verordnung der Volksbeauftragten wurde diese Vereinbarung gesetzlich festgelegt. Wenn auch später hier und da ein Stück Terrain für die Unternehmer zurückerobert wurde, so blieb doch im großen und ganzen die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich beschränkt. Zeitweise gelang es eine kürzere Arbeitszeit durchzusetzen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen für eine Vermehrung der Freizeit einsetzten. Parteikämpfe, viele Streiks und Ansperrungen, verbunden mit gewaltigen Geldausgaben,

sind um das Problem Arbeitszeitverkürzung ausgetragen worden. Nach Friedensschluß gelang es in allen Ländern, in der Arbeitszeitgesetzgebung mit einem gewaltigen Aufwandsaufkommen. Das Washingtoner Abkommen vom Jahre 1919 sollte als ein Bahndreher in dieser Beziehung gelten. Das Nebereinkommen ist leider erst von wenigen Staaten ratifiziert worden. Namentlich haben sich die großen Industrieländer noch nicht zu einer Annahme aufgeschwungen können. Problem ist in den meisten Ländern der Achtstundentag praktisch zur Wirklichkeit geworden. Der Gewerkschafts-kongress 1930 in Stockholm beschloß, auf die Einführung der 44-Stundenwoche in allen Ländern hinzuwirken. Ueberhaupt waren die internationalen Tagungen der Gewerkschaften und der Partei immer der Ort, von wo aus der Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit in alle Länder hinausging. Auf die Wirkung des Beschlusses des Pariser Sozialistenkongresses vom Jahre 1889 wollen wir nur hinweisen. Die damalige Forderung nach der Einführung des Achtstundentages wurde bis weit in die Reihen der Arbeiter als ein frommer Wunsch angesehen. Und doch ist diese Forderung in einigen Jahrzehnten zur Tatsache geworden. Die gegenwärtige Krise veranlaßte die deutschen Gewerkschaften, die Einführung der 40-Stundenwoche, wenn auch vorläufig als Notmaßnahme, in den Vordergrund zu stellen. Die technische Entwicklung rechtfertigt eine Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden durchaus. Wenn mit Hilfe der Maschinen die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft so groß ist, daß in wenigen Stunden eine so gewaltige Menge von Gütern geschaffen werden kann, dann muß die Arbeitszeit diesen Produktionsergebnissen angepaßt werden. Zweck dieses Artikels sollte es sein, einmal in kurzen Ausführungen auf den 100 Jahre währenden Kampf um die Arbeitszeitverkürzung aufmerksam zu machen. In diesem Kampf wurde eine Kulturarbeit geleistet, die für die Geschichte der Menschheit von ungeheurer Bedeutung war. Welche Opfer für dieses Prinzip im Laufe der Jahrzehnte gebracht wurden, läßt sich kaum in Worten ausdrücken. Die jüngere Generation unter der Arbeiterschaft sollte aber aus der Geschichte des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit die Lehre ziehen, daß endgültige Errungenschaften nur durch harte unablässige Bemühungen und unter Einsatz der ganzen Person erreicht werden können.

gewacht und hinein in die freien Gewerkschaften. Von der Stärke der Gewerkschaften wird dieser Kampf entscheidend beeinflusst werden. Zunächst gilt es, die Angriffe auf die Sozialversicherung abzuwehren, darüber hinaus aber für die gerechten Forderungen der Gewerkschaften zu kämpfen. Unsere Forderung muß sein: nicht Abbau, sondern planmäßiger Ausbau der Sozialversicherung. Richard Jungnickel, Rheinsberg.

Frühjahrsbelebung der Wirtschaft

Wie der Arzt den Pulsschlag eines Kranken befühl, um aus diesen Beobachtungen den Zustand des Patienten zu erforschen, so achten auch die Beobachter der Wirtschaft auf jede Bewegung des schwer darüber liegenden Wirtschaftslebens. Die verantwortlichen Regierungsleute haben in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit genommen, die außerordentlich große Leistung Deutschlands bei der Ueberwindung dieses schrecklichen Krisenwinters hervorzuheben. In der Tat war es eine Kraftanstrengung, die wohl einzig in der Geschichte dastehen dürfte. Nun ist der Tiefstand erreicht und allenthalben können Anzeichen an einen Umchwung in der Wirtschaftslage festgestellt werden. Der deutsche Wirtschaftsapparat ist intakt. Es bedarf nur einer günstigen Atmosphäre, um den Luftzug endgültig in Erscheinung treten zu lassen. Der Produktionsumfang bewegt sich in einer außerordentlichen Tiefe und steht etwa 25 bis 30 v. H. unter demjenigen von Ende 1929. In den Weltrohstoffmärkten haben sich Veränderungen vollzogen, welche die Aufstellung bekräftigen, daß das Ende der allgemeinen Preisrückgänge erreicht ist. Bei einigen Produkten, so bei Baumwolle und Wolle, ist eine beträchtliche Befestigung der Preise festzustellen. Dennoch wird auf absehbare Zeit mit einem Steigen der Rohstoffpreise nicht gerechnet werden können. Diese Stabilität ist der Untergrund dafür, daß die übermäßig scharf angelegene Bremse der Produktion gelockert wird. Im Grunde damit wird sich in allen Ländern eine verstärkte Nachfrage bemerkbar machen. Das Nachhaken aufgehobener Bedarfsdeckung hat bereits in der jüngsten Zeit einigen Industriezweigen eine Verbesserung ihrer Beschäftigung gebracht. Die Lage der Verbrauchsindustrien liegt noch sehr daneben. Die hohe Erwerbslosigkeit wirkt sich noch immer scharf aus. Hier ist aber damit zu rechnen, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit sich alsbald bemerkbar machen wird. Dadurch erhält der Verbrauch eine nicht zu unterschätzende Verstärkung. Die Seifenindustrien zeigen naturgemäß eine stärkere Beschäftigung, auch in der Konjunkturgruppe wird mit einer Verbesserung der Beschäftigungssituation hier und da gerechnet werden können. Wenn auch die Preislenkung in der Industrie keinen übermäßigen Grad erreicht hat, so werden doch die erfolgten Preisermäßigungen anregend auf den Absatz und somit auf die Produktion wirken. Die vorhandenen Stimmungsinflüsse sind einer Konjunkturbelebung außerordentlich günstig. Die deutsche Regierung genießt in ausländischen Kapitalkreisen hohes Vertrauen. Deshalb die Geneigtheit, Geldkapitalien wieder nach Deutschland zu leiten. Ferner sind Anzeichen festgestellt worden, daß eine Rückkehr von Auslandskapital wieder eingeleitet hat. Nach Lage der Sache bedeutet Weigerung des Kapitalmarktes zugleich Arbeitsbeschaffung und Krisenüberwindung. Somit können wir wohl mit Einzug des allgemeinen Frühlinges auch einen gewissen Frühling in der deutschen Wirtschaft feststellen. Die Arbeiterschaft benötigt einen Umchwung in der Wirtschaftslage schon aus dem Grunde, weil sie es ist, die am stärksten unter dem Wirtschaftsrückgang zu leiden hatte.

Der Kampf um den Abbau der Sozialversicherung

Die ungeheuren Folgewirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise spiegeln sich sehr deutlich in der finanziellen Notlage aller Kreise der Sozialversicherung wider. Nachdem es den Unternehmern gelungen ist, mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsorgane den Lohnabbau auf der ganzen Linie mit großem Erfolge durchzuführen, mit Hilfe der Rolverordnungen erhebliche Verschlechterungen auf den Gebieten der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zu erreichen, bietet ihr die schlechte Finanzlage der bisher noch von einem Abbau verschont gebliebenen Versicherungsgebiete willkommenen Angriffspunkten. Im Vordergrund steht hierbei die Invalidenversicherung.

Das Problem einer grundlegenden Reform ist durch Entwicklung der Invalidenversicherung und zugleich auch der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit immer dringender geworden. Vor allem war es die Inflation, die die finanzielle Grundlage der Invalidenversicherung fast vollständig zerstört hat. Ungeheure Vermögensbestände der Versicherung wurden durch die Inflation zerstört. Mit der Stabilisierung der Währung mußte auch ein Wiederaufbau der Invalidenversicherung erfolgen. Der Ausbau der Leistungen machte sich notwendig. Die verstärkte Zunahme der Rentenleistungen an Verwundete und chronisch Erkrankte und ihre Sinterbleiben als Folgeerscheinungen des Weltkrieges trugen wesentlich zur Förderung des Gleichgewichts in der Invalidenversicherung bei. Ferner waren im durch Erweiterung des Tätigkeitsbereiches auf die Gebiete der Volksjungenbekämpfung sowie der allgemeinen Gesundheitsfürsorge erhöhte Ausgaben erforderlich. All diese Momente führten dazu, daß die Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer schon einmal erhöht werden mußten. Gleichzeitig wurden in dieser Zeit auch die Zuschüsse des Reiches ganz erheblich heraufgesetzt. Damit waren aber die grundlegenden Schwierigkeiten keineswegs beseitigt.

Ein weiteres ganz besonders trübes Kapitel ist die Ausdehnung des Versicherungsbereiches der Invalidenversicherung zugunsten der Anstelltenversicherung. Durch die 1912 erfolgte Gesetzesänderung verlor die Invalidenversicherung 18 Millionen Mitglieder an die Anstelltenversicherung. Aus dieser Abwanderung entstand der Invalidenversicherung ein Gesamtbeitrag an Löhnen von etwa rund 450-500 Millionen Reichsmark, für den dagegen von der Anstelltenversicherung nur ein Gesamtbeitrag von 33 Millionen Reichsmark gezahlt wurde.

Im Jahre 1929 wurde nun vom Reichsarbeitsminister dem Reichstag eine Denkschrift über die künftige Entwicklung der Invaliden- und Anstelltenversicherung überreicht, wonach in den Jahren 1929-1933 in der Invalidenversicherung noch mit Ueberhöhen zu rechnen sei. Im Jahre 1934 werde zum ersten Male mit einem Defizit von 5 Millionen Reichsmark zu rechnen sein. Dieser Defizitbetrag wird dann schon im Jahre 1935 auf 115 Millionen Reichsmark anwachsen und im Jahre 1938 bereits 355 Millionen Reichsmark betragen.

Die tatsächliche finanzielle Entwicklung der Invalidenversicherung beweist aber etwas ganz anderes. Für die letzten beiden Jahre 1929 und 1930 liegen folgende Zahlen vor. Die Gesamtentnahmen des Jahres 1929 betragen 1235 Millionen Reichsmark, denen eine Gesamtumlage von 931 Millionen Reichsmark gegenüberstand und somit noch einen Ueberhöhen von 304 Millionen Reichsmark aufwies. Im Jahre 1930 betragen die Gesamtentnahmen aber nur noch 1120 Millionen Reichsmark. Die Gesamtumlagen sind hingegen bereits auf 1070 Millionen Reichsmark gestiegen, so daß für das Jahr 1930 nur noch ein Ueberhöhen von 50 Millionen Reichsmark verbleibt statt 304 Millionen Reichsmark, die das Reichsarbeitsministerium im Jahre 1929 im Voraus bezeichnet hatte. Nach dieser anomalen finanziellen Entwicklung ist für das Jahr 1931 ein enormer erheblicher Defizit in der Invalidenversicherung zu rechnen.

Was sind nun die Ursachen der anomalen finanziellen Entwicklung der Invalidenversicherung für das Jahr 1930 zu rechnen? Einmal ist der ungeheure Beitragsanstieg, der durch die Kapazitätsengpässe bedingt ist, als eine der wichtigsten Ursachen anzusehen. Der Anstieg an Beiträgen an Folge Arbeitslosigkeit wird für das Jahr 1929 mit 48 Millionen Reichsmark und für das Jahr 1930 mit 165 Millionen Reichsmark bemessen. Weiter ist der Zuwachs an Zahl der Versicherten an Entnahmen durch die Kürzung von 20 Millionen Reichsmark aus Postmitteln seitens des Reiches anzusehen. Von der ungelegenen 9 Millionen Reichsmark aus Lohnsteuerüberschüssen für das Jahr 1929 wurden nur 21 Millionen Reichsmark überwiesen. Auf der anderen Seite aber wurden der Invalidenversicherung neue Lasten aufgebürdet dadurch, daß sie für die bis zum Jahresstreten der Rolverordnung vom 26. Juli 1930 vom Reich getragenen Postgebühren in Höhe von etwa 19 Millionen Reichsmark für Auszahlung von Renten und den Betrieb von Invalidenwerken jetzt selbst tragen muß.

Angesichts dieser unerfreulichen finanziellen Entwicklung ist es die Zusammenfassung der Invalidenversicherung zu einer der gemeinsamen Lasten geworden. Die Reformvorschlüsse, die bisher an die Reichsregierung gelangt sind, zielen mehr oder

weniger auf einen Abbau ab. So ist das Bestreben des Hanf-bundes schon seit Jahren, durch Streichung der Reichsmittel in erster Linie für die Invalidenversicherung, das Defizit im Reichshaushalt zu decken. Vor allem ist es aber das Unternehmertum, das im gegenwärtigen Zeitpunkt versucht, die schon lang gehegten Wünsche in die Wirklichkeit umzusetzen: radikalen Abbau der sozialen Leistungen und des Umfanges der gesamten Sozialversicherung. Ihre Klagen über die Untragbarkeit der hohen Soziallasten und das Geschrei über die hohen Leistungen hat. Renten sind der Arbeiterschaft schon seit langem bekannt. Es muß dem Unternehmertum aber mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diese Klagen und das Geschrei jeder Grundlage entbehren. Beweisen die hohen sozialen Lasten doch nur, wie sehr die Arbeiterschaft noch angefaßt ist. Die hohen sozialen Lasten werden fast ausschließlich in die Warenpreise ein kalkuliert, damit auf den Verbraucher abgewälzt und da die Verbraucherschaft zum über großen Teil aus Arbeitern besteht, leidet Endes von diesen wieder selbst getragen.

Und wie steht es nun mit den hohen Leistungen bzw. Renten der Invalidenversicherung. Diese müssen als völlig unzureichend bezeichnet werden. Die Höchstgrenze für eine monatliche Rente beträgt 57 RM. Dieser Höchstbetrag kann aber nur dann erreicht werden, wenn ein Versicherter seit dem Eintritt in die Invalidenversicherung ohne Unterbrechung und nur in der höchsten Beitrags- bzw. Lohnklasse versichert war. Daß diese Fälle praktisch nur ganz selten eintreten, bedarf gar keiner weiteren Begründung. Der errechnete Durchschnitt für einen Invaliden beträgt 33 RM monatlich. Daß mit einem derartigen Betrag ein Mensch nur unter großen Entbehrungen leben kann, dürfte ebenfalls einleuchtend sein. Die Folge dieser unzureichenden Rentenleistungen ist, daß die Invaliden neben ihrer Rente noch Unterstützungen aus öffentlichen Wohlfahrtsmitteln in Anspruch nehmen müssen. Diese bei Unzulänglichkeit weisen auch die Witwenrenten, die im Durchschnitt 21 RM, und die Waisenrenten, deren Durchschnitt auf 14 RM monatlich berechnet worden ist, auf.

Die freien Gewerkschaften erstreben nun schon seit Jahren einen planmäßigen Ausbau der Invalidenversicherung. So lagen dem Hamburger Gewerkschaftskongress bereits Anträge zu einer Reform vor, die dem Bundesvorstand als Material überwiesen wurden. Nach Ueberprüfung ihrer sozialen und finanziellen Auswirkungen wurden die Anträge dann im Januar 1929 in Form einer Eingabe dem Reichsarbeitsminister unterbreitet.

Dieser Eingabe liegen im wesentlichen folgende Forderungen zugrunde: Rentenerhöhung durch Ausbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen; Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 Prozent; Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität; Beseitigung der Kürzungsbestimmungen nach § 1311 RVO und Neuregelung der Rentenverteilung zwischen Invaliden- und Anstelltenversicherung. Durch die völlig veränderten Lohnverhältnisse ist die Aufhebung höherer Beitrags- bzw. Lohnklassen unbedingt erforderlich geworden. Die höchste Lohnklasse beträgt gegenwärtig noch 36 RM. Die Einführung höherer Klassen würde nicht nur eine erhöhte Einnahme bedeuten, sondern auf der anderen Seite auch erhöhte Rentenleistungsmöglichkeiten schaffen. Die Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 Prozent wird von den Gewerkschaften aus dem Grunde gefordert, weil durch eine Herabsetzung der Altersgrenze von 66 auf 50 Jahre die erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes nicht herbeigeführt werden kann. Dagegen kann älteren Arbeitern deren Erwerbsfähigkeit bereits um die Hälfte vermindert sein und für die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt überhaupt keine Aussicht besteht, eine Beschäftigungsmöglichkeit zu erhalten, durch die sie eine Besserung viel besser verdient werden. Gleichzeitig soll die Forderung der schon seit langem erstrebte Anpassung an die Anstelltenversicherung herbeigeführt werden, in der die Invaliditätsgrenze von 50 v. H. bereits besteht. Dasselbe gilt natürlich auch für die Invalidität der Witwen.

Für die Aufrechterhaltung der Kürzungsbestimmungen besteht kein Anlaß, da die Erfahrungen gezeigt haben, daß die Erparnisse durch die dadurch bedingte Verwaltungsarbeit wieder ausgeglichen werden. Die Notwendigkeit einer Neuregelung zwischen Invaliden- und Anstelltenversicherung geht bereits aus den eingangs dargelegten Ausführungen mit aller Deutlichkeit hervor. In dem Kampf um die Sozialversicherung, der nunmehr erneut aus ihren Finanznöten heraus entbrannt ist, geht es nicht nur um einen Abbau der Leistungen, sondern in diesem Kampf geht es um den Bestand der Sozialversicherung überhaupt. Der Angriff der Sozialreaktionäre ist auf der ganzen Front erfolgt. Erinnert sei hier nur kurz an die von den Arbeitgeberverbänden gemachten Abbauvorschlüsse zur Unfallversicherung und der kapitalistischen Pensionsversicherung. Der Einheitsfront der Sozialreaktionäre muß eine geschlossene Front der Arbeiterschaft gegenübergestellt werden. Darum Arbeiter, auf-

Neue Großmühle der GEG

Mit der vor 2 1/2 Jahren in Magdeburg in Betrieb genommenen Großmühle der GEG wurde der erste Versuch in der Eigenproduktion auf dem Gebiete der Müllerei gemacht. Im vorigen Jahre am 1. April 1930 war es der GEG möglich, auch die beiden Mühlen in Duisburg und Bochum, die den Vereinen „Eintracht“, Essen, und „Wohlfahrt“, Bochum, gehörten, zu übernehmen. Zumehr kann über die Übernahme einer Großmühle in Mannheim berichtet werden: Dieser neueste Produktionsbetrieb der GEG stellt einen weiteren beachtlichen gemeinschaftlichen Erfolg dar.

Die gesamte Mühlenanlage umfaßt: ein Silogebäude, Mühlengebäude, Speichergebäude, ein Kesselhaus mit Transformatorstation, ein Wohnstahlgebäude mit Tischler- und Schlosserwerkstätten und ein Kontorhaus. Die Gesamtleistung der Mühle beträgt 200 Tonnen Getreide in 24 Stunden, und zwar hat die Weizenmühle eine Leistung von 150 Tonnen, die Hartweizenmühle und Roggenmühle eine solche von je 25 Tonnen. Der Silo ist 52,60 Meter lang, 18,68 Meter breit und 40 Meter hoch. Er hat ein Fassungsvermögen von 10 000 Tonnen Getreide.

Die Mühle selbst ist 49 Meter lang, 15,20 Meter breit sowie 29,10 Meter hoch. 48 Walzenstühle der Weizenmühle, 10 Walzenstühle der Hartweizenmühle und 8 Walzenstühle der Roggenmühle verrichten der Mahlprozess.

Mit der neuen Großmühle der GEG ist wiederum ein architektonisch schöner Bau entstanden; auch die innere Einrichtung der Mühle stellt technisch das Vollkommenste auf dem Gebiete der Müllerei dar, so daß diese Anlage zur Zeit wohl als der schönste und modernste Mühlenbetrieb Deutschlands gelten kann.

Auslandsbesucher auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1931

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse hat sich wieder eines außerordentlich starken Auslandsbesuches erfreuen können. Insgesamt waren 27 488 Ausländer in der Zeit vom 1. bis 12. März in Leipzig anwesend, von denen 20 059 auf Europa und 2127 auf Uebersee entfielen. Die meisten Besucher stellten die benachbarten Staaten, nämlich die Tschechoslowakei 4765, Österreich 2546, Holland 2086. Besonders stark war jedoch auch die Teilnahme Englands mit 2510, der Schweiz mit 1880, Frankreich mit 1588, Polens mit 1180, Danemarks mit 1083, Ungarns mit 1063, Schwedens mit 1040, Italiens mit 945 und Belgiens mit 848 Besuchern. Im übrigen waren noch Bulgarien, Dänzig, Estland, Finnland, Griechenland, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Memel, Norwegen, Portugal, Rumänien, Rußland, Spanien und die Türkei mit einer stattlichen Besucherzahl vertreten. Unter den überseeischen Besuchern zählte man 1462 aus N. S. A., 168 aus dem übrigen Nordamerika, 252 aus Süd- und Mittelamerika, 109 aus Afrika, 392 aus Asien und 44 aus Australien.

Wilhelm der Zweite

deutscher Kaiser, König von Preußen, bezog jährlich 23 Millionen Goldmark.

Der König von Bayern	jährlich 6 900 000 Mark
Der König von Sachsen	4 407 000 "
Der König von Württemberg	2 400 000 "
Großherzog von Baden	1 789 000 "
Großherzog von Hessen	1 840 000 "
Großherzog von Sachsen-Weimar	1 020 000 "
Großherzog von Oldenburg	625 000 "
Herzog von Braunschweig	1 125 000 "
Herzog von Sachsen-Meiningen	814 000 "
Herzog von Anhalt	950 000 "
Herzog von Coburg-Gotha	515 000 "
Herrn von Lippe	500 000 "
Herzog von Mecklenburg (Schäpfungswaise)	5 000 000 "



Tariffündigung in der deutschen Weißhohlglasindustrie

Kaum ist etwas Beruhigung über die ungerechtfertigten Lohnabzüge in der deutschen Weißhohlglasindustrie in den einzelnen Gruppen und Betrieben eingeleitet, da erhalten wir bereits wieder die Auffündigung der Lohnverträge für die Berufsgruppen I-V. Forderungen sind dem Kündigungsschreiben nicht beigefügt worden. Man weist nur darauf hin, daß die Höhe den wirtschaftlichen Verhältnissen der Industrie angepaßt werden sollen. Was dieser Satz bedeutet, können wir aus den letzten Verhandlungen zur Genüge, hat man doch des öfteren betont, daß die vorhandene Krise nur dem sogenannten „politischen Lohn“ zuzuschreiben sei und ganz wesentliche Herabsetzungen der Selbstkosten, vor allen Dingen beim Rohkonto, notwendig seien. Wir dürfen uns deshalb gar nicht wundern, wenn uns wieder Forderungen gestellt werden in exorbitant hoher Weise, wobei abgestellt auf die Angleichung der Löhne der Fachhilfsarbeiter und Hilfsarbeiter in den einzelnen Gruppen zueinander.

Es ist die berechtigte Frage zu stellen: „Was haben die Industrielken mit dem bereits erfolgten Prozentigen Lohnabzug erreicht?“ Eine Senkung der Kaufkraft in ganz ungeheurem Maße ist eingetreten und der Kaufkraftabfall dadurch weiter verengt worden. Die Krise und Arbeitslosigkeit hat sich durch die unbilligen Forderungen der Industrielken verstärkt. Das Ausland reagiert in den einzelnen Industriezweigen sofort mit geeigneten Gegenmaßnahmen in Frage der Verringerung der Selbstkosten, so daß im allgemeinen an den Konkurrenzverhältnissen zueinander nichts geändert ist, sondern die Krise nur verstärkt durch die dauernde Verringerung des gesamten Weltmarktes auftritt. Gerade die Konkurrenz der Glasindustrie in der Tschechoslowakei, Belgien und Frankreich hat nach dem Vorgehen der deutschen Glasindustrie ebenfalls Tarifveränderungen angeboten und teilweise durchgeführt. In einzelnen Branchen toben im Augenblick die heftigsten Kämpfe.

Von dem vielgepriesenen Preisabbau merken die Arbeiter, vor allen Dingen aber die Glasarbeiter, nichts. Durch den Käuferstreik, der teilweise infolge der verhinderten Preisabbau-Maßnahmen eingeleitet hat, verstärkt sich die Krise immer mehr und mehr, so daß in Deutschland fast kein Haushalt von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben ist. In Händlerkreisen wartet man mit dem Einkauf von Waren, um nicht zu teuer zu kaufen, und um die Industriefreie entsprechend dem vorgenannten Lohnabbau im Preise drücken zu können. Verschärft als die tiefe kapitalistische Wirtschaftslage sich aus der Krise befreien will, kann man wohl kaum handeln. Auf der einen Seite ist durch Rationalisierung und Mechanisierung ein ungeheurer Heberflus an Waren vorhanden, währenddem fast 20 Millionen Menschen in der Welt bei großen Einkommensverhältnissen Hungergezeiten müssen.

Der Herr Reichsarbeitsminister, der teilweise für die Tendenz des Lohnabbaues verantwortlich gemacht werden muß, hat unlängst in einer Reichstagsrede zum Ausdruck gebracht, es komme nicht auf die Höhe des Stunden- oder Schichtlohnes an, sondern auf den Gesamtjahresverdienst und darauf an, was der

Arbeiter und Angestellte mit diesem Gesamtjahresverdienst sich anschaffen kann.

Nach diesen Feststellungen des Reichsarbeitsministers darf der Arbeiter in der deutschen Weißhohlglasindustrie unter keinen Umständen eine weitere Belästigung durch Lohnsenkungen aufgelegt werden. Der Glasarbeiter ist durch die immer wiederkehrenden Krisenverhältnisse, verursacht durch Rationalisierung und Mechanisierung, wie teilweise Kurzfristigkeit einzelner Industrieller in seinen Einkommensverhältnissen sowieso schon stark eingesenkt. Durch die Schwere der Arbeit ist die Krankheits- und Unfallziffer im allgemeinen höher als in anderen Industriezweigen, so daß auch dadurch wesentliche Teile beim Einkommen ausfallen. Dazu treten die betrieblichen Ausfällen und Reparaturen wie andere Ausfälle bei der Arbeit, so daß am Jahresabschluss selbst der best qualifizierte Facharbeiter nur ein Einkommen nachweisen kann, das in gar keinem Verhältnis zur Schwere der Arbeit und zu der gesteigerten Arbeitsintensität steht. Noch krasser sind die Fachhilfsarbeiter und Hilfsarbeiter in ihren Einkommensverhältnissen durch die geschiederten Tatsachen bedrückt. Wir bedauern deshalb, daß die Industrielken in der deutschen Weißhohlglasindustrie so kurzichtig sind und die Tarifverträge aufgekündigt haben. Wäßen nicht auch bei den Tarifregelungen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer berücksichtigt werden? Rücksichtslos und brutal nimmt man dem Arbeiter sein Stück Brot vom Tisch, ohne dabei zu erkennen, daß bei einem derartigen Vorgehen die Industrie sich selbst ungeheuren Schaden zufügt.

Wir werden mit allen Mitteln, die der Organisation zur Verfügung stehen, weitere Verschlechterungen abzuwehren verstehen, und erwarten auch von den Schlichtungsbehörden, daß dieselben unter Berücksichtigung der Lebenslage der Glasarbeiter weitere beantragte Lohnkürzungen ablehnen. M. R.

Bei Redaktionsfristung werden uns die Forderungen des Schutzbundes deutscher Glasfabriken für die Neuregelung der Löhne der Gruppen 1-5 zugestellt. Es heißt in dem Anschreiben:

- a) Eine generelle Lohnsenkung um 10 Proz. ab 1. Mai 1931 mit der Maßgabe, daß Stücklohnsätze, welche zwecks Nichtabstellung fristgemäß zum 30. April 1931 in einzelnen Betrieben gekündigt werden, auch nach Inkrafttreten der neuen tariflichen Regelung auf dem im § 7 b des Mantelartikels vorgegebenem Wege neu festgesetzt werden können.
- b) Hinsichtlich der Befristung der Neuregelung behalten wir uns einen konkreten Antrag vor.

Wir beantragen jedoch jetzt schon für die Gruppe 4 (Freistaat Sach.) eine kürzere Befristung als für die übrigen Gruppen, um für die Gruppe 4 die Möglichkeit einer erneuten Zwischenregelung im Sinne des am 13. Januar 1931 ergangenen Schiedsspruches zu schaffen.

Schutzbund deutscher Glasfabriken
M e i c h o w.

Belgiens Glasindustrie

Die trostlose Lage der Glasindustrie Belgiens und auch in Frankreich geht aus folgendem Bericht hervor.

In den Kristallglasfabriken von Val-St.-Lambert ist ein Teil der Arbeiter jede zweite, ein anderer Teil jede vierte Woche aus. Die Krise verschärft sich, und es läuft das Gerücht, sämtliche Arbeiter sollen von zwei Arbeitswochen eine aussetzen. Es wird der Gebante verbreitet, daß der ganze Betrieb stillgelegt werden soll. Trotz scharfem Protest der Arbeiter fand eine Prozentige Lohnreduktion statt.

In der Hohlglasindustrie Belgiens wird normal gearbeitet. Die Unternehmer klagen über schlechten Geschäftsgang. Ebenso steht es in den Flachglasfabriken, und auch hier wurden die Löhne um 5 Proz. herabgesetzt.

Die Spiegelglasfabriken arbeiten mit 30 Proz. ihrer Produktionsmittel. Die Not der Arbeiter ist groß. Die Unternehmer suchen Arbeitslosenstellen zu gründen, um die Arbeiter zu finden.

In den Fensterglasfabriken wurden einige Wannen wieder in Betrieb gesetzt. Es ist jedoch die Rede von einer Lohnherabsetzung um 5 Prozent; die Arbeiter haben jedoch erklärt, sich weiteren Lohnherabsetzungen zu widersetzen.

Ueber die Erklärung des belgischen Arbeitgebervertreters in Genf wird gesagt: „Was will diese Haltung der Arbeitgeber bedeuten, die sich unangenehm über die ausländische Konkurrenz beklagen und unter diesem Vorwand Lohnsenkungen verlangen, die wir als nicht angebracht erachten.“

Die Flachglasfabriken liegen in Belgien fast vollständig still.

Der Genossenschaftsbetrieb von Fraire (Flakon) ist endgültig geschlossen.

Die Industrielken fordern eine weitere Lohnreduzierung. Der Truist Fourcault hat zur Zeit 8 Wannen in Betrieb. Die Geschäftslage hat sich nicht gebessert. Nach der Ansicht der Arbeiter bemüht sich Fourcault, der Firma Libby-Owens, deren Betrieb in Wöste mit 7 Öfen arbeitet, und die den Neubau eines zweiten Betriebes in Gouding verfolgt, handzuhalten. Daraus geht hervor, daß Fourcault mit einem Drittel seiner Öfen arbeitet, während Libby-Owens mit vollem Betrieb arbeitet und noch ausbaut.

Der Truist Fourcault fordert erneut eine Prozentige Lohnreduzierung. Die Arbeiter weigerten sich dazu und erhielten am 1. März ihre Kündigung. Die Angelegenheit soll durch Schlichtung beigelegt werden. Die Arbeiter machen den Unternehmer den Vorwurf, zur Herabsetzung der Löhne die Forderung der Lebenshaltungskosten zu beobachten, während sie sich weigerten, diesen Index zu beobachten, als er stieg.

Das Versprechen der Unternehmer, die im Oktober von den Arbeitern angenommene Prozentige Lohnherabsetzung aufzuheben, sobald eine bestimmte Anzahl von Öfen wieder in Betrieb genommen sein wird, ist nicht eingetreten. In der Presse der belgischen Glasarbeiter kommt die Enttäuschung über das Verhalten der Unternehmer zum Ausdruck. In einem in der Zeitung „La Revanche“ erschienenen Artikel zu Oscar L e o n i die Arbeiter zum Widerstand auf. Rejour schreibt: Nach Beendigung des Krieges und nach vier Jahren der Entbehrung hatten die Glasarbeiter den Mut, sich den Arbeitsbedingungen, die man ihnen auferlegen wollte, zu widersetzen. Nun stehen wir erneut vor Kündigungen und Drohungen weiterer Lohnreduzierungen. Wir haben beschlossen, dies nicht anzunehmen, komme, was da wolle.

Rejour ruft aus: „Glasarbeiter, jeder an seinen Posten, wir müssen widerstehen!“

Das Organ der Schneider- und Magazinarbeiter „La Défense“ behandelt die kritische Lage der Fenesterglasarbeiter, und es heißt unter dem Titel: „Die wirklichen Schuldigen“:

„Die von den Arbeitgebern beantragte neue Lohnsenkung um 5 Prozent zu einer Zeit, wo die Arbeiter in einer erhabenen, spontanen Welle der Großmütigkeit und Solidarität,

mit ihren Leidensbrüdern ihr Stück Brot teilen, wird von den Arbeitern der Glasindustrie als eine rücksichtslose Drohnahme betrachtet.“

Nachdem das alte Verfahren zur Herstellung von Fenesterglas beseitigt ist, gab man dem modernen belgischen System einen tödlichen Stoß durch das Errichten mechanischer Glasfabriken im Ausland, nachdem die Industrielken selbst das Werkzeug ihrer eigenen Vertilgung geschaffen haben, beweinen sie ihr Angeld.

Wir erfahren, daß eine bedeutende amerikanische Gesellschaft, Pittsburg Glas, die 140 Öfen zur Spiegelglasherstellung und Streckmaschinen ihres eigenen Systems, das ein verbessertes System Fourcault ist, sich mit Libby-Owens vereinigt hat und augenblicklich Glas zu Spottpreisen auf den kanadischen Markt wirft, um einige 10 Fourcault-Glasfabriken, die in Amerika bestehen, zu beseitigen. Es ist leicht zu begreifen, daß der in Amerika begonnene Kampf sich mit derselben Schärfe auch in Europa abspielen wird, sobald das überseeische Gebiet von einem Gegner befreit sein wird. Und ihr, Glasarbeiter, arme Patrias, seid auferstehen, um auf dem Altar der Wucherer durch Lohnsenkungen hingepfercht zu werden. Ein solche Veranlassung der Vernunft können wir nicht hinnehmen, ohne uns zu verteidigen. Wenn die Herren Arbeitgeber mit der Libby-Owens Schwierigkeiten haben, sollen sie versuchen, wie sie damit fertig werden, und wenn einer der beiden verschwinden soll, so kann man daran nichts ändern. Das sind die wahren Schuldigen an der unheilvollen Lage der belgischen Glasfabriken, die sich durch einen Mangel an Aufträgen ausdrücken. Das Schiff schwankt, die Schiffsladung ist in Gefahr, diejenigen, die mit Torpedos geworfen haben, mögen nun rudern.

Die Spiegelglasfabriken arbeiten mit 30 Proz. ihrer Produktionsmittel und einzelnen Unterbrechungen. Von Lohnsenkungen wird nicht berichtet.

Aufregungen bei den Arbeitern von Charleroi.

„La Défense“ teilt mit, daß am 29. März 1931 eine große Kundgebung aller Arbeiter der Glasfabriken des Bezirkes von Charleroi stattfanden wird. Es handelt sich um eine Protestkundgebung gegen die Haltung der Unternehmer, die um jeden Preis Lohnreduzierungen vornehmen wollen.

Die Pensionen der Glasarbeiter.

Wir geben hiermit eine interessante Initiative der Organisation unserer belgischen Kollegen, die in der Zentrale der Fabrikarbeiter zusammengeschlossen sind, bekannt:

Der technische Ausschuss der Zentrale für die Gruppe Glas ist am 5. März zusammengetreten, um einen Entwurf zu einer Alterspension für die Glasarbeiter zu unterbreiten. Der Entwurf verlangt die Gewährung einer Rente durch den Staat für Arbeiter, die eine gesundheitliche Schädigung erlitten und das Alter von 55 Jahren erreichten. Die Zentrale beabsichtigt, die Konstituierung einer Rente von jährlich 5000 bis 6000 Franken für alle Glasarbeiter im Alter von 55 Jahren für die gesundheitsschädlichen Berufe und im Alter von 60 Jahren für die anderen Berufe. Die Grundzüge dieses Entwurfes bestehen in der Leistung eines Beitrages von 3 Prozent durch die Arbeiter, 3 Prozent durch die Arbeitgeber. Davon gehen je 2 Prozent an den Staat, der hieraus die Rente zu gewähren hat. Die übrigen 2 Prozent fließen in die Landeskaassen zwecks evtl. Erhöhung der Renten.

Um die Konstituierung dieser Klasse zu ermöglichen, verbieten die Glasarbeiter-Organisationen die Zusammenlegung der Bestände ihrer Pensionskassen. So brachte die Union R e i e r r e einen Betrag von 1 1/2 Millionen Mark auf. Es wurde eine Kommission ernannt, die in Zusammenarbeit mit dem Staat diese Landeskasse errichten soll. Das Pensionsgesetz soll 1932 in Kraft treten mit der Bestimmung, daß alle Arbeiter über 55 Jahre pensionsberechtigt sind.

Internationale Gesellschaft (Verfahren Libby-Owens).

Das am 30. April 1930 abgeschlossene Rechnungsjahr weist einen Gewinn von 41680 000 Franken auf, wozu noch ein Ueberschuß von 2754 000 Franken vom Vorjahre kommt. Den 165 000 Aktien wurde eine Dividende von 70 Frks. anstatt 40 Frks. im Vorjahre und den Besitzern eine solche von 137,50 Frks. zugeteilt. Trotz der starken Depression, die seit dem letzten Quartal 1929 den Fenesterglasmarkt belastete, haben alle Abteilungen des Betriebes in Wöste mit allen Mitteln gearbeitet, und die ganze Produktion wurde abgesetzt.

Vereinigte Staaten. In den verschiedenen Branchen ist eine Besserung im Absatz eingetreten, berichtet die „American Glass Review“ vom 7. Februar. Die jährliche Ausstellung von Pittsburg, die am 24. Januar abgeschlossen wurde, führte zu zahlreichen Transaktionen. Durch diese Ausstellung wurden die Fortschritte der nationalen Weißhohlglas- und der Kristallglasindustrie greifbar. Die Lage in der Spiegelglasindustrie ist ruhig; indessen besteht Aussicht auf Besserung in der Automobilindustrie. In der Fenesterglasindustrie geht der Fortschritt langsam vor sich. Die American Window hat die große Wanne von Arnold (Gr. Pa.) in Betrieb genommen. Die Interstate und International haben zwei Wannen aufgegeben. Die Aufträge an Flaschen und Vokalen haben zugenommen. Indessen bleibt die Konkurrenz sehr groß.

Glend der Jugend in der Christbaumschmuck-Hausindustrie

Es ist überall bekannt, daß die Glasbläser von reichlichem Kindergeiz bedacht worden sind. Die Glasbläser selbst wußten keinen Rat, wie sie ihre Kinder im Berufsleben unterbringen sollten und so wurden diese, auch wenn es ein Duhend war, in die Christbaumschmuckindustrie aufgenommen. Schon in der Wege am Malebala geschaut, auf dem Rücken der Mutter beim Arbeiten zusehen, kamen sie schon rechtzeitig in das Berufsleben der Glasbläser hinein.

Ebwohl die Christbaumschmuckindustrie eine Monopolstellung hat, ist die Zahl der Arbeitskräfte eine bedeutend höhere als der Absatz es erfordert. Dazu kommt noch das alte Lieb, daß man keine geregelte Arbeitszeit kennt. Die Folgen liegen klar auf der Hand, große Arbeitslosigkeit herrscht in den meisten Familien.

Bei den Betriebsarbeitern ist es immer noch möglich, daß das eine oder das andere Familienmitglied in Arbeit steht, das ist aber anders bei den Christbaumschmuckarbeitern. Da sie alle nur ein und denselben Beruf ausüben und alle in der Familie verbleiben, so sind alle arbeitslos, wenn der Vater arbeitslos ist.

Wenn man jetzt von Haus zu Haus die Familien der Glasbranche besucht, so findet man, daß junge Menschen, wenn sie auch nicht gerade den Kopf in die Hände stecken, beim Kartenspiel oder an Stöhen von Schundromanen sitzen. Wenn auch nur zum Zeitvertreib Karten gespielt wird, so besteht aber für diese jungen Menschen die große Gefahr, geistig und moralisch zugrunde zu gehen. Geld für Bücher ist nicht vorhanden und Zeitungen können ebenfalls nicht mehr gelesen werden, so daß eine Generation zugrunde gehen muß, wenn nicht Wege gefunden werden, der Jugend Bildungs- oder Berufsmöglichkeiten zu verschaffen.

Für ein Mädchen besteht immer noch die Möglichkeit, sich durch Handarbeit eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, aber in den meisten Fällen ist kein Geld für Wolle oder Zwirn und Stoff da. Die armen Mütter, welche nun schon in bitterster Not sech und mehr Kinder großgezogen haben, müssen besonders darunter leiden. In einer Ecke oder am Dien sauernd, müssen sie zusehen, wie das junge Leben, welches sie gezeugt haben, zugrunde gehen muß. Das Herz wird dann ausgehöhlet, wenn jemand die Stube betritt und die bittersten Klagen und Verwünschungen bekommt man zu hören.

Die Spiehbürger und die Partei des Dritten Reiches machen es sich leicht, man laßt von Militär, von Krieg und will damit der Jugend helfen. Es sollen eben wieder Millionen hingeschlachtet werden, um die Not und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es muß deshalb alles getan werden innerhalb der Arbeiterbewegung, um für diese jungen Opfer zu sorgen, sich ihrer anzunehmen und sie geistig zu bilden. Es soll nicht noch eine Generation vernichtet werden durch Not, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung, sondern es muß bald eine Ueberwindung eintreten, sonst wird es für die Zukunft dieser jungen Menschen schlimm werden. Der Krieg hat eine Generation vernichtet in blühender Jugendzeit. Das kapitalistische System verlangt nun Opfer und droht wieder eine Generation moralisch und geistig zu vernichten. Gelingt das Werk der kapitalistischen Gesellschaft, dann ist die Arbeiterklasse wieder auf Jahre hinaus auf dem Wege zu ihrem Ziele gehemmt. Es heißt jetzt, sich der Jugend anzunehmen, sie fernzuhalten vom Kartenspiel, von Schundromanen, welche sie zur Wollust steigern und sie für alle Zeiten als Kämpfer für den Sozialismus unbrauchbar machen. Verfehlen wir die Gefahr nicht und handeln wir bevor es zu spät ist.

W i l h e l m B ö h m.

Keld- und Preßglasmacher, Aktion!

Die Unternehmer der Keld- und Preßglasindustrie im Rheinland, besonders die Firmen Peil & Sohn in Düren, Adendorfer Glasfabriken in Schendorf bei Porzern, Rheinische Glasfabriken A.-G. in Köln-Ehrenfeld, und Rheinische Glaswerke Weber & Fortemps in S i n d o r f bei Porzern, halten ihre Verfassungen mit Lohnabbaumaßnahmen dauernd in Erregung. Sie versuchen alle Dreß, um die Arbeiterklasse kleinzutreiben und gehen sogar dazu über, auswärtige Arbeitskräfte unter allen möglichen Vorwänden heranzuziehen. Die Kollegenschaft im Rhein wird gebeten, Arbeitsangebote nicht anzunehmen und den Kampf der rheinischen Kollegenschaft nicht zu erschweren. Arbeitsangebote an rheinische Fabriken sind zu unterlassen!

Deutsches-Tschechoslowakisches Tafelglas-Verhandlungen

Von maßgebender deutscher Seite wird die Meldung bestätigt, daß zwischen der deutschen Tafelglas-Industrie bzw. dem Verein Deutscher Tafelglas-Fabrikanten G. m. b. H. in Frankfurt a. M. (Tafelglas-Syndikat) und der tschechoslowakischen W i r e a G. m. b. H. in der tschechoslowakischen Tafelglas-Industrie zusammengeschlossen ist. Verhandlungen geführt werden, die die Ausdehnung der gegenseitigen Konkurrenz am deutschen Markt sowie auf den ausländischen Märkten zum Gegenstand hat. In letzter Zeit hat der deutsch-tschechoslowakische Wettbewerb am Tafelglasmarkt zumal in Deutschland dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die W i l h e l m - U n i o n in Teplitz (Böhmen) die W i l h e l m - U n i o n (Sachsen) erworben hat. Die Verhandlungen werden von beiden Seiten mit dem Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, geführt. Die deutschen maßgebenden Kreise sind hinsichtlich des Ausgangs der Besprechungen optimistisch gestimmt.



Kündigung des Reichsmanteltarifvertrages

Wie zu erwarten war, hat der Arbeitgeberverband die erste Möglichkeit, den Reichsmantelvertrag zum 31. Mai d. J. zu kündigen, wahrgenommen. Die Unternehmer der feinkeramischen Industrie schickten sich damit nur der allgemeinen Tendenz im Unternehmerlager an. Die herrschende Wirtschaftskrise wird von ihnen mit einem nassen und einem trocknen Auge betrachtet. bietet sie doch Gelegenheit, weiter zu versuchen, die Rechte der Arbeiterschaft zu beschneiden. Während die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie früher den Standpunkt vertreten haben, möglichst langfristige Verträge abzuschließen, damit der Industriefrieden nicht so oft einer Erschütterung ausgesetzt war, scheinen sie jetzt auf den Industriefrieden zu pfeifen. Zweimal im vergangenen Jahr haben es die Unternehmer verstanden, die Verbindlichkeit zu hinterfragen. Da sie die vorliegenden Schiedsrichtliche dem Inhalt nach nicht ändern konnten, so haben sie wenigstens die Dauer herabzudrücken gesucht. Das ist ihnen in beiden Fällen auch gelungen, weil das Reichsarbeitsministerium sich nicht entschließen konnte, die Verbindlichkeit der gefällten Schiedssprüche auszusprechen.

Damit rechnen die Unternehmer wohl auch für die nächste Zukunft noch. Sie hoffen bei den künftigen Verhandlungen das Erreichen zu können, was ihnen bei den verflochtenen Verhandlungen zu erreichen nicht möglich war. Aller Voransicht nach wird ein erneuter Ansturm einsetzen gegen die Stückpreisbildungsmethoden, wie wir sie über ein Jahrzehnt zum Nutzen der Arbeiterschaft und der Industrie in unserem Vertrag festgelegt haben. Es ist auch anzunehmen, daß bei den künftigen Verhandlungen die Urlaubsfrage, die Entschädigungsfrage beim Leistungsbergzug durch die Arbeitnehmer und beim Planungsbergzug durch die Arbeitgeber eine große Rolle spielen wird. Die Unternehmer schreien ja seit langem über die angeblich untragbare soziale Belastung im allgemeinen und durch die Tarifverträge im besonderen. Alle Positionen des Tarifvertrages, die nur die geringste finanzielle Belastung für die Unternehmer bringen, dürften bei den kommenden Verhandlungen wieder das Ziel ihres Ansturms sein, der diesmal besonders heftig sein wird.

Die Arbeitnehmer haben sich entschlossen, von der Kündigung des Vertrages Abstand zu nehmen. Sie haben damit bewiesen, daß sie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und das Interesse der Industrie viel besser zu beurteilen wissen als die Arbeitgeber. Das kann unmöglich im Interesse der gesamten Wirtschaft liegen, in Zeiten des Niederganges zu allen übrigen Bedrängnissen auch noch alle Augenblicke Auseinandersetzungen über Tariffragen herbeizuführen. Wenn es richtig ist, daß auch in der feinkeramischen Industrie wieder eine geringe Belebung des Geschäftsganges festzustellen ist, so verständigt der sich an den Interessen der Industrie, der die Aufwärtsentwicklung durch Auseinandersetzungen über Tariffragen stört. Die Verantwortung dafür überlassen die Arbeiter neidlos den Unternehmern.

Die Zeit bis zu den Verhandlungen muß in den Betrieben und Betrieben benutzt werden, um auch den letzten Unorganisierten über die Unternehmerrabsichten aufzuklären. Die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie steht seit über einem Jahr unter stärkstem Druck. Wenn es den Arbeitgebern bisher nicht gelungen ist, ihre Absichten zur Durchführung zu bringen, so lag das nicht zum wenigsten daran, daß es trotz aller Widerstände der Organisation immer wieder gelungen ist, das Tarifverhältnis zu erhalten und wesentliche Verschlechterungen des Tarifes zu verhindern. Dazu war die Organisation nur in der Lage, weil die übergroße Mehrzahl der Arbeiterschaft in der Porzellan- und Steingutindustrie den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses kennt und die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen hat. Jetzt gilt es, den Nichtorganisierten, die hier und da noch zu verzeichnen sind, begreiflich zu machen, um was es geht. An alle organisierten Kolleginnen und Kollegen der Porzellan- und Steingutindustrie geht daher der Ruf, verwendet die folgenden Wochen zur Werbung unter den der Organisation fernstehenden, hart sie auf über die Bedeutung des Tarifvertrages und sagt ihnen, daß nicht die Verhandlungskommission die Tarife macht und ihr Aussehen bestimmt, sondern daß dieses abhängig ist von dem geschlossenen Willen der organisierten Kollegenschaft in den Betrieben.

Beschäftigung und Absatz in der Porzellanindustrie

Im letzten Vierteljahr 1930 waren Produktion und Beschäftigung auf den erneuten scharfen Absatzrückgang hin rasch gesunken; seit Jahresbeginn hat sich unter dem Einfluß der Jahreszeit der Produktionsrückgang erheblich verlangsamt. Die Beschäftigung verharrt unter Schwankungen auf annähernd gleichem Stand; im Januar und Februar waren 57 bis 58 v. H. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter voll beschäftigt (wobei die Kurzarbeiter entsprechend der Kurzdauer eingerechnet sind).

Wegen der beschränkten Absatzmöglichkeiten disponiert der Einzelhandel noch immer sehr zurückhaltend. Dementsprechend hält sich der Inlandsverkauf von Geschirrs- und Bierporzellan nach den letzten vorliegenden Angaben mengenmäßig um rund ein Viertel unter Vorjahreshöhe, obwohl die durchschnittlichen Verkaufspreise seitdem um rund 12,5 bis 15 v. H. gesunken sind.

Die Ausfuhr von Geschirrporzellan hat — nach einem Tiefstand im Januar — wie alljährlich wieder zugenommen. Im Februar wurden rund 13 000 dz Geschirrporzellan ausgeführt (gegen 21 400 dz im Februar 1930). Die Ausfuhr von Bierporzellan hat sich vom Januar auf Februar gleichfalls erhöht; der Rückgang der Bierporzellanausfuhr gegenüber dem Vorjahr ist nicht so stark wie der der Ausfuhr von Geschirrporzellan. Er beträgt der Menge nach etwa 12 v. H.

Der Beschäftigungsgrad dürfte sich auch in den kommenden Monaten noch leicht bessern, da erfahrungsgemäß die übliche Frühjahrsbelebung erst im Mai ihren Höhepunkt zu erreichen pflegt.

Steingutindustrie

Der Beschäftigungsgrad der Steingutindustrie liegt außerordentlich tief: im Februar waren 36,1 v. H. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter arbeitslos und 36,8 v. H. arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, während noch im November mit 32,9 v. H. Arbeitslose und 19,8 v. H. Kurzarbeiter gezählt wurden (Februar 1930: 15,2 v. H. und 17,7 v. H.). Abgesehen von den im Inland bestehenden Absatzschwierigkeiten, gestaltet sich die Ausfuhr von farbigem Steingut- und Steingutgeschirren immer schwieriger. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres wurden nur noch für 1,0 Mill. RM ausgeführt (gegen 1,8 Mill. RM im gleichen Zeitraum des Vorjahres). Vor allem die Nachfrage der überseeischen Rohstoffländer (Argentinien usw.) ist stark zurückgegangen. Etwas günstiger ist die Lage der Sanitätssteingutindustrie. Hier ist der Ausfuhrückgang weniger stark; er beträgt im Januar/Februar gegenüber dem Vorjahr rund 22 v. H. Außerdem ergibt sich aus dem Zwang zu Ersatzbeschaffungen ein laufender, wenn auch gegenwärtig stark beschränkter Bedarf im Inlandsgeschäft. Die nächsten Monate dürften hier, im Zusammenhang mit dem Wiederbeginn der Bautätigkeit, eine weitere, allerdings nur saisonmäßige, Erleichterung bringen.

Coburg

Bei der diesjährigen Betriebsratswahl hatten die Stahlhelmer im Betrieb **Meinmann**, Porzellanfabrik, Coburg, auch eine Vorzugsliste eingereicht. Die Bedauernden unter den Wählern aber: vergessen, die Liste unterschreiben zu lassen, so daß sie frisch und frei ohne jegliche Unterschrift die Vorschlagsliste einreichten. Da nach § 7 der Wahlordnung eine solche Liste als ungültig betrachtet werden mußte, mußte der Wahlvorstand in seiner Sitzung die Liste zurückweisen, — barob großes Geschrei bei den Leuten mit großem Mundwerk, aber kleinem Gehirn. Der Spitzenkandidat **Otto Koll**, Maler, hat nun folgendes geharnischtes Schreiben losgelassen:

Kollegen und Kolleginnen!
 Bleibt der heutigen Betriebsratswahl fern. Wir erkennen diese Wahl nicht an.
 Der Wahlvorstand hat zu Unrecht die nationale Liste II verurteilt.
 Wir werden diese Wahl anfechten und dabei siegen, darum bleibt der heutigen Wahl fern. Wer aber da glaubt, er müsse des roten Terrors halber doch zur Wahl, der gebe einen ungültigen Stimmzettel ab.
 In kurzem wählen wir dann, wenn die Anfechtung durchgeführt, die nationale Liste II.
 Die Vertreter der nationalen Liste II
Otto Koll
 Coburg, den 30. März 1931.

Diese Armen wissen also gar nicht, daß eine Wahl gar nicht stattfinden braucht, nachdem nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht wurde.

Es mutet einen sonderbar an, daß sich auch die Firma so energisch hinter diese nationale Liste II gesetzt hat. Man könnte beinahe zu der Auffassung kommen, daß man verschiedene organisierte Kollegen und Kolleginnen nur deshalb so kurz vor Stattfinden der Betriebsratswahl entlassen hat, um dadurch den Boden für die nationale Liste zu ebnen und dieser zum Sieg zu verhelfen. Die Firma wäre aber doch zu bedauern, wenn sie einen Betriebsrat hätte, der keine Ahnung vom Betriebsratsgesetz hat, denn wenn schon einmal einer einen solchen Posten annimmt oder dazu gewählt wird, dann muß er doch mindestens die elementaren Grundlagen des Betriebsratsgesetzes kennen. Das hat aber der Mannern von der nationalen Seite geschli, und es scheint auch hier ihre Rechtsstelle verfaßt zu haben.

Wir sehen deshalb der Aufhebung der Wahl mit gutem Gewissen entgegen und wünschen den Männern der nationalen Liste II recht viel Glück.

Porzellangeschäft

Weder die Lage der Porzellanindustrie wird der **Vossischen Zeitung**, Berlin, von zuständiger Seite berichtet, daß im Auslandsverkehr andauernd große Zurückhaltung der Käufer zu bemerken ist, weil diese beirrt sind, die Läger möglichst gering zu halten. Dagegen ist das Exportgeschäft lebhafter, was auch der Leipziger Messe zuzuschreiben ist. Die allgemeinen Ausichten hängen viel davon ab, daß der Inlandsmarkt keine abwartende Stellung aufgibt. Vorbedingung dafür scheint aber zu sein, daß die Unsicherheit hinsichtlich der Preisgestaltung behoben wird.

Diese Nachrichten muß man mit Vorsicht aufnehmen. Es wäre sehr erregend, wenn eine Besserung eintreten würde, aber die Nachrichten der letzten Wochen aus Bayern belegen gerade das Gegenteil vom allmählichen Wesswerden. Betriebskillingungen wurden verschiedentlich angefündigt.

Leipziger Herbstmesse 1931

Die das Leipziger Messamt mitteilt, wird die Leipziger Herbstmesse 1931 vom 30. August bis 3. September dauern. In den Hallen 1, 2, 3, 4, 6, 11, 12, 19 und 20 des Ausstellungsgeländes findet gleichzeitig eine Messe für Haus-, Haus- und Betriebsbedarf statt. Die Textilmesse wird bereits am 2. September geschlossen.

Staublungenkrankheit bei Porzellanarbeitern in Bayern

Im vorigen Jahre wurde vom Internationalen Arbeitsamt eine Konferenz über die Staublungenkrankheit veranstaltet, die in Johannesburg in Südafrika stattfand. Es nahmen daran außer Vertretern des United Sachverbandes aus verschiedenen Ländern teil. Deutschland war durch Prof. Wöhme (Bogum) und Prof. Dr. Koelisch (München) vertreten. Die Verhandlungen betrafen medizinische Fragen der Staublungenkrankheit, vorbeugende Maßnahmen gegen die Krankheit, sowie die Entschädigung von Krankheitsfällen.

Der vollständige Bericht über die Konferenz wurde eben in englischer und französischer Sprache herausgegeben. In deutscher Sprache wird er nicht erscheinen. Er enthält das Protokoll der Konferenz und eine Reihe von Aufsätzen über verschiedene Einzelfragen, welche von Sachleuten vorgelegt wurden und die Grundlage der Verhandlungen bildeten.

Einer der Aufsätze, von Prof. Koelisch und Dr. Kaefer verfaßt, unterrichtet über statistische und röntgenologische Untersuchungen über Staublungen in Bayern, wobei auch die Keramikerindustrie berücksichtigt wird.

Die Untersuchungen von Prof. Koelisch, ebenso wie jene anderer Autoren, ergaben für die Porzellanarbeiter eine hohe Erkrankungs- und Sterblichkeitshäufigkeit an Krankheiten der Luftröhre, einschließlich der Lungentuberkulose. Im Vergleich zur sonstigen gleichaltrigen Bevölkerung waren die Sterblichkeitsziffern der Porzellaner in Selbst und Neuhau viermal in Nürnberg, Kronach und Leinitz und zweimal bis dreimal in Regensburg so groß. Die klinische Untersuchung der Lungen (ohne Röntgenbild) ließ bei etwa der Hälfte von 1000 Porzellanern Veränderungen erkennen, die als Staubhochbildungen gedeutet werden mußten. Röntgenologisch wurden 100 Arbeiter untersucht. Dabei wurden Staublungenveränderungen verschiedener Grade bei 35 Prozent der männlichen und 35 Prozent der weiblichen Personen festgestellt.

Auf Grund der Untersuchungen kann gesagt werden, daß Staubveränderungen der tieferen Atemwege bei Porzellanarbeitern, die erst wenige Jahre im Berufe tätig sind, ganz fehlen oder nur in geringem Maße ausgebildet sind. Bei älteren

Arbeitern sind die Veränderungen deutlicher als bei jüngeren, die ebenplange in der Porzellanindustrie tätig sind. Das ist die Folge davon, daß die Widerstandskraft gegen Schäden bei jüngeren Menschen größer ist. Mit zunehmenden Arbeitsjahren nimmt auch die Verlaubarkeit der Atmungsorgane zu.

Die ersten Erscheinungen der Lungenveränderung sind im Röntgenbild zahlreiche gleichgroße, aber beide mittlere Lungenfelder verteilte kleine Schattensflecken. Dazu kommen manchmal Zeichen tuberkulöser Komplikationen. Nach langdauernder Tätigkeit und mit zunehmendem Alter kommen dazu noch mehr oder weniger umfangreiche breitere Veränderungen in den Lungenfeldern. In Fällen schwerer Staublungen sind auch Veränderungen des Herzens bei Porzellanern keine Seltenheit.

In der Chamotteindustrie wurden 234 Arbeiter untersucht. Die röntgenologische Untersuchung ergab Staublungen bei 50 Arbeitern oder 21 Prozent. Die meisten davon standen in höheren Lebensjahren, und mehr als neun Zehntel von ihnen waren länger als seit 10 Jahren berufstätig. Auch hier ergab sich, daß die Berufsälteren mehr Staubhochbildungen zeigten als die jüngeren, aber selbst bei 10 bis 20 Arbeitsjahren waren die durch Staub verursachten Veränderungen der Lunge meist nicht beträchtlich. Die Verhältnisse sind hier günstiger als in der Porzellanindustrie, weil der bei der Chamottefabrikation entstandene Staub wenig freie Kieselsäure enthält, dagegen reichlich tonige Bestandteile.

Die Vorbeugung ist bei der Staublungenkrankheit besonders wichtig, da sich ihre Behandlung bisher als ziemlich aussichtslos erwiesen hat. Die Konferenz in Johannesburg empfahl, es sollen alle verfügbaren Mittel zur Bekämpfung der Staubentwicklung angewendet werden, namentlich — soweit möglich — Befestigung der Gegenstände, von denen sich feinstaubhaltiger Staub entwickelt; Staubfangvorrichtungen an den Stellen der Entstehung des Staubes; Staubfänger und Staubmasken; Lüftung, sowie andere Vorkehrungen. Es wird nach der Lage des einzelnen Falles zu entscheiden sein, welche Mittel am zweckmäßigsten anzuwenden sind. In den meisten Fällen aber wird die gleichzeitige Anwendung verschiedener Mittel zu empfehlen sein.

Exportlöhne, eine neue Unternehmeridee

Ende März tagte der Bayerische Industriellenverband in München unter dem Motto **Wirtschaft im Not**. Auf dieser Tagung wurden Neben gehalten und kräftig nach neuen alten Wegen gesucht, wie der von den Führern verfohrene deutsche Wirtschaftsweg wieder floriert werden könnte. Wie wollen wir mit den allgemeinen Neben nicht befragen, sondern nur mit einer dort zum Vortrag gebrachten neuen Idee des Kommerzienrats **Dr. J. Joellner** von Marktreuth, dem Vertreter der bayerischen Porzellanindustrie im Bayerischen Industriellenverband. Die neue Idee Joellners steht in dem **Vortragsprotokoll**. Sie trat, wie schon öfters, für die Exportproportionalität ein und führte nach Zeitungsmitteilungen u. a. aus: Voraussetzung sei: Anpassung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise, da sie immer noch 30-50 Prozent über diesen ständen. Zu dem Zwecke schlägt er die Schaffung eines **Exportlohnes** vor, der niedriger sein solle als der allgemeine Lohn. Durch zusätzliche Summen aus der Erwerbslosenversicherung könne ein Ausgleich geschaffen werden.

Dann hinterfragt er die Verdienste aus dem Not. Wie aber auch alle Gelegenheiten wahr. Ausgerechnet ein Herr der Porzellanindustrie kommt zu diesem sonderlichen Vorschlag. Er verlangt, man, der Staat soll die Propaganda der deutschen Industrie unterstützen und nun soll er sich noch das Wohlwollen zum Teil mitbringen lassen. Wir finden diesen Vorschlag für inakademisch. Einmal soll der Staat der Wirtschaft volle Freiheit in allem gewähren, dann fordert man von ihm Unterstützung der Erwerbs- und Sozialfragen und nun wird von ihm verlangt, er soll der Industrie die Lohnkosten teilweise abnehmen. Ist denn eine Industrie, die derartige Forderungen stellt, noch als den betrieblischen und nichtbetrieblischen Lohnarbeitern überhaupt noch lebensfähig? Ist sie so wenig wettbewerbsfähig? Das sind die ersten Fragen, die sich aus aufdrängen, als wir von J. Joellner über den Vorschlag erfahren. Was kommt es vor, was hat Dr. Joellner mit dem

Stellen dieser Forderung der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft einen Vordruck erwiesen.

Eine Industrie, die so stark subsistenzbedürftig ist, die die Weltmarktkonkurrenz nur mit Staatshilfe bestehen kann, die dem Ausland derartige Schwächen zeigt, die sich in einer so besammernswerten Lage befindet, kann doch unmöglich wieder den Platz an der Sonne erringen. Die ist erledigt und am Ende ihres Latens.

Beziehen sich nun die Ausführungen des Herrn Kommerzienrats auf die bayerische oder nur auf die Porzellanindustrie? Wir bezweifeln, daß alle Porzellanindustriellen diese Forderung stellen, weil sie der Porzellanindustrie nicht dienlich sind.

Wenn uns, daß vor allem die Länder mit höherem Lohnniveau als Deutschland bei ihren Zollserhöhungsbestrebungen die niedrigen Löhne der Porzellanindustrie und Deutschland widerweisen. Die Zollserhöhungen sind gescheitert und wirken sehr nachteilig auf die deutsche Porzellanindustrie. Wenn nun die Pläne Dr. Joellners Wirklichkeit werden, was wäre dann die Folge und wie würde sich das Ausland dazu stellen? Der deutsche Porzellanexport belände dann vielleicht durch weitere Zollserhöhungen den Todesstoß versetzt. Auf diese Weise wäre der Porzellanindustrie auf keine Weise gedient. Dann läme noch das Dumping dieses Schredgeheim für die Amerikaner. Bei der Durchführung der Exportlohnforderung wäre das Dumping der deutschen Porzellanindustrie für die Amerikaner eine Tatsache und die Folge wären Gegenmaßnahmen von gefährlicher Schärfe.

Wir wollen in diesem Zusammenhang nur auf diese paar Punkte verweisen, trotzdem noch viel Nachteiliges zu diesem Thema gesagt werden könnte. Nach unserem Dafürhalten sollte Dr. Joellner diese Idee sehr schnell begraben und nicht mehr davon reden, denn wir können uns nicht denken, daß sie irgend einem Industriezweig dienlich sein könnte, der Porzellanindustrie doch auf keinem Fall. Wir können uns nicht vorstellen, daß damit wirtschaftliche Vorbeere errungen werden können.

E. Rgr.



Zieglerkonferenz in Eichwege

Infolge der Störungen auf dem Baumarkt haben neben den Bauarbeitern auch die in den Baustoffindustrien beschäftigten Arbeiter stark unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Am härtesten werden ohne Zweifel die Zieglerarbeiter davon betroffen. In jahrelanger, zäher Arbeit ist es gelungen, einen guten Stamm Gewerkschaftsmitglieder aus der Ziegelbranche zu erziehen. Das bewies die am Sonntag, dem 22. März 1931, von der Fachstelle Kassel nach Eichwege einberufene Zieglerkonferenz, an der etwa 140 Kollegen teilnahmen. Zweck der Tagung war, vom organisatorischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, Stellung zu nehmen zu der Lage in dieser Berufsgruppe beschäftigten Arbeiter.

Das einleitende Referat ergriffte Gauleiter Kollege K. H. I. aus Frankfurt a. M. Mit Scheinwerferlicht beleuchtete K. H. I. die trostlose Lage auf dem Baumarkt und die damit verbundene Not der Ziegler. Ausgehend von der Krise des Kapitalismus besprach er die verkehrten Wirtschaftsmethoden der Führer des Wirtschaftskrisensystems, die das Alibi-Mittel einer Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Lohnabbau erblickten. Leider, sagte er, seien auch die Arbeitgeber der Ziegelindustrie in diesen Wahn verfallen. Genau wie den Vertretern anderer Industrien, seien auch ihnen die Löhne der Arbeiter zu hoch. Sie sehnen sich nach den Arbeits- und Lohnbedingungen der Vorkriegszeit zurück, möchten also das zurückgeschlagen, was nach dem Krieg durch den ständigen Druck des Fabrikarbeiterverbandes sozial- und lohnpolitisch geschaffen worden ist. Schon wegen der Saisonmäßigkeit und Eigenart dieses Berufes müsse der Zieglerarbeiter 10 bis 15 Prozent mehr verdienen als die Arbeiter anderer Berufe. Zum Teil sei das auch erreicht worden. Wenn leider im Reiche die Stundenlöhne noch schwankend seien, so läge das an der speziell in dieser Industrie sehr stark ausgeprägten Schmutzkonkurrenz. Lohnpolitisch werde die Lage noch dadurch erschwert, daß der Arbeitgeberverband für Pfaffen-Waffen nicht mehr bestehe. An dessen Stelle sei eine Anzahl Arbeitgeberorganisationen kleineren Stils getreten. Jede dieser Organisationen betreibe Lohnpolitik nach eigener Schablone. So habe der Kasseler Verband der Ziegler-Industriellen den Lohnsatz bereits gekündigt. In verschiedenen Gebieten bestehe bereits der tariflose Zustand. Dort seien Lohnreduzierungen die Folge, und die Schmutzkonkurrenz nimmt weiter überhand. Dazu noch die furchtbaren Verhältnisse auf dem Baumarkt. In Frankfurt a. M. würden schon heute die Lagerbestände ausreichen, um den Bedarf zu decken. Es sei durchaus keine Seltenheit, daß die Steine pro Tausend für 28 RM abgegeben werden. Diese Schmutzkonkurrenz gehe ausschließlich auf Kosten der Arbeiter. Wir sind für die Verabschiebung der Baustoffmaterialienpreise, wenden uns aber dagegen, daß dies ausschließlich auf Kosten der Löhne geschehen soll.

Die Sehnsucht der Arbeitgeber nach den Löhnen der Vorkriegszeit sei hinlänglich bekannt. Damals betrugen die Stundenlöhne 30 bis 34 Pf. Dazu kam die 12- bis 13stündige tägliche Arbeitszeit. Mit Hilfe der Organisation sei es gelungen, auch für die Zieglerarbeiter einigermaßen erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Wir würden alle organisatorischen Mittel anwenden, wenn die Arbeitgeber es wagen sollten, daran zu rütteln.

Mit der restlosen Kündigung der Tarifverträge zum Zwecke des Lohnabbaus sei leider zu rechnen. Von den Schlichtungs- auschüssen sei nach den gemachten Erfahrungen nicht viel zu erwarten. Dafür habe schon Eitelwald gesorgt. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß, wenn wirklich Schlichtungs- sprüche mit niedrigen Lohnreduzierungen gefällt wurden, man diese einfach nicht für verbindlich erklärte.

Die Zukunft der Zieglerkollegen erscheine durchaus nicht rosig. Die moderne Arbeiterbewegung habe aber schon andere

Belastungsproben ertragen. Jedenfalls müsse alles auf den gewerkschaftlichen Kampf eingeleitet werden. Wenn auch die Arbeitgeber sich in manchen Dingen nicht einig sind, im Lohnabbau verfolgen sie jedoch dasselbe Ziel. Schon deswegen dürfe in der Gewerkschaftsbewegung nicht experimentiert werden. Die NSD und Nazis wollen nichts weiter, als die Zerstückelung der Gewerkschaften. Jeder vernünftige Mensch müsse diese Tätigkeit als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnen. Mit Bestimmtheit sei darauf zu rechnen, daß auch wieder einmal andere Zeiten kommen werden. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird und muß durch eine andere, und zwar bessere ersetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse unser ganzes Augenmerk auf den Ausbau der Gewerkschaften gerichtet werden.

An das vorzügliche mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine sehr rege Diskussion. Kollege Paul Schneider verwies darauf, daß die Lohnbildung nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch politischer Faktor sei. Das bewiesen die letzten Wahlen. Gleich danach hielten die Arbeitgeber zum Schluß gegen die Arbeiter aus. Auch Kollege Schneider besprach sehr eingehend die trostlosen Verhältnisse in der Ziegelindustrie. Trotzdem müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß Kollegen sich für Stundenlöhne anbieten, die unter dem Existenzminimum liegen. Die Arbeitgeber haben sich darin veranlagt, mit allen Mitteln den Preisabbau auf Kosten der Arbeiter vorzunehmen. Uebergehend zu den Produktionsmethoden in der Ziegelindustrie, sagte Schneider, daß diese planlos seien. Darauf sei auch die dort stark eingeriffene Inflation zurückzuführen. Wenn im Jahre 1930 einzelne Ziegler 1000 Steine für 20 bis 28 RM lieferten, dürfe man sich nicht wundern, daß bei der Verbraucherseite die Meinung auftaucht, in den Vorjahren übers Ohr gehauen worden zu sein. Die Preise bedeuten glatten Selbstmord für die Ziegler. Die Zieglerarbeiterschaft wehrt sich dagegen, bei diesem unwirtschaftlichen Verfahren mit in den Abgrund gerissen zu werden.

Bei den kommenden Kämpfen in der Ziegelindustrie werde die Frage der Arbeitszeit eine nicht untergeordnete Rolle spielen. Der jetzige Tarifvertrag sehe zwar bei wirtschaftlicher Notwendigkeit eine längere als 48-Stundenwoche vor, aber aus Solidaritätsgründen den fünf Millionen arbeitslosen Menschen gegenüber, müsse alles daran gesetzt werden, daß auch die Arbeitszeit der Brenner höchstens 48 Stunden wöchentlich betrage.

Die Nationalsozialisten seien die Schuldigen, daß nach den Wahlen im Jahre 1930 die große Kapitalflucht einsetzte. Dem Baumarkt wurden dadurch ganz gewaltige Mittel entzogen. Schneider verwies in seinen Schlussfolgerungen auf den Ernst der gegenwärtigen Zeit und ermahnte die Kollegen, gewerkschaftlich auf dem Kampf zu sein.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde bemängelt, daß die Vermittlung der Zieglerarbeiter nicht durch die Arbeitsämter gehe. Kollege Schneider versprach, dafür einzutreten, daß alle offenen Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden. Dies werde nicht nur durch die Presse, sondern auch durch die Arbeitsämter zu richtende Schreiben geschehen. Ganz besonders soll das Landesarbeitsamt daran erinnert werden. Bezeichnend waren die Ausführungen eines Kollegen aus Hess.-Richtenan, der nachwies, wie unverantwortlich die NSD gegen einige dortige Zieglerarbeiter gehandelt habe. Er warnte die Kollegen dringend vor dieser „Arbeiterorganisation“. Mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband schloß Kollege Schneider die sehr anregend verlaufene Konferenz.

Tippes Selbständigkeit und das Problem der Wanderarbeiter

Tippe ist seit Jahrzehnten das Land, aus dem jährlich Tausende von Wanderarbeitern auf auswärtigen Arbeitsstellen Arbeit und Verdienst suchen und auch finden. Als durch die Erfindung des mechanischen Webstuhles die Handweberei in der Mitte des vorigen Jahrhunderts rapide zurückging, fanden die lippischen Arbeiter in allen Gebieten Deutschlands, ja bis über die Grenzen Deutschlands hinaus, Arbeit als Grasmäher in Holland, als Torfstecher in Oldenburg, vorwiegend aber als Ziegler. Wenn der Ziegler in der Welt herum kam, fremde Gegenden, fremde Volkstämme und ihre Sitten und Gebräuche kennen lernte, so mochte das für manche, besonders so lange er jung war, einen gewissen Reiz haben, sicherlich war es aber nicht angenehm für die Verheirateten, die längste Zeit des Jahres fern von der Familie zu sein. Es ist daher schon seit Jahren immer mehr, besonders in der Nachkriegszeit darauf Bedacht genommen worden, durch Selbstmachung der Wanderarbeiter das Wanderarbeiterproblem zu lösen.

Gerade in der heutigen Zeit, wo die Arbeitsmöglichkeiten überall gering sind, wird es notwendig sein, alle Möglichkeiten auszunutzen, um dies Ziel zu erreichen. Es gibt auch jetzt noch Möglichkeiten, diesem Ziele näherzukommen. Wir wollen diesmal nur drei Möglichkeiten erörtern, und zwar:

1. Aufteilung weiterer Domänen zu Kleinbauernstellen.
2. Förderung aller Bestrebungen, im Lande Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sei es durch Heranziehung von Industrieanlagen oder anderen Arbeitsmöglichkeiten.
3. Ist unter den heutigen Verhältnissen die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Tippes noch möglich, oder bieten sich durch den Anstieg an Preisen wirksamere Möglichkeiten, das Problem der Wanderarbeiterfrage zu lösen.

In der Vorkriegszeit dachte kein Mensch daran, durch Aufteilung von staatlichen Domänen Kleinbauernstellen zu schaffen. Da mußte im Interesse des Fürstentums das Domänenvermögen zusammengehalten werden, es durfte nicht verkleinert werden. In der Nachkriegszeit ist mit diesem Grundab gebrochen worden. Im Laufe der letzten zehn Jahre ist der Versuch unternommen worden, durch Aufteilung von Domänen Existenzmöglichkeiten zu schaffen. Durch die Aufteilung der Domäne Schwaleberg konnte 107 Familien durch Zuteilung von Ländereien geholfen werden. Durch den Ankauf des Gutes in D o n o p und dessen Aufteilung an kleine Leute konnte ebenfalls über 40 Familien durch die Zuteilung von Land eine bessere Existenzmöglichkeit gegeben werden. Im letzten Jahre ist auch noch die Aufteilung der Domäne H e i d e l b e d hinzugekommen. Wenn demnächst auch die Aufteilung der Domäne K a l e n h a g e n vorgenommen wird, so wird auch für manche Familie gerade in diesem abgelegenen Landesteil eine selbständige Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Auch soll nicht verkannt werden, daß durch Abtretung von Sichelungsgelände von der Regierung der Bevölkerung weitmöglichst entgegengekommen ist.

Aber wenn die Wanderarbeiterfrage gelöst werden soll, so muß überall dort, wo die Möglichkeit und die Voraussetzungen zur Aufteilung von Domänen gegeben sind, dieser Frage nähergetreten werden. Allerdings müssen die Bedingungen bei Aufteilung der Domänen so sein, daß auch wirklich die Aufsteher eine Existenz auf eigener Scholle finden. Es darf nicht so sehr unter allen Umständen darauf gesehen werden, daß der Staat bei der Aufteilung der Domänen ein Geschäft macht, wenn einigermaßen die Interessen des Staates gewahrt werden, so soll und muß auf diesem Gebiete weitergearbeitet werden.

Wir sind uns der Schwierigkeiten wohl bewußt, die einer weiteren Heranziehung von Industrien gerade in der heutigen und vielleicht auch noch in der Zukunft entgegenstehen werden. Wenn auch in den letzten zwei Jahrzehnten die Zahl der Wanderarbeiter von ungefähr 15000 auf ungefähr 8000 zurückgegangen ist, so ist das kein Grund, keine weiteren Versuche mehr zu unternehmen. Wir halten es nach wie vor für notwendig, daß die beteiligten Stellen Fühlung mit industriellen Webereien nicht in Lippe, wo die Handweberei zu Hause war, sondern in der Gegend von Bielefeld und Herford anstellen, also jenseits der lippischen Grenze. Wäre die damalige fürstliche Regierung nicht so kurzichtig gewesen, so könnten wir in Lippe gerade so gut wie in der Bielefelder und Herforder Gegend derartige Fabriken haben, und wir brauchen uns nicht in dem Maße mit der Wanderarbeiterfrage zu beschäftigen, die geradezu sich zu einer enormen Last für den Staat und die Gemeinden auswächst.

In diesem Zusammenhange ist es auch einmal notwendig, die Frage der Selbständigkeit Tippes vom Standpunkte der Wanderarbeiter zu betrachten. Solange die Ziegler noch immer auswärts Arbeitsgelegenheit finden konnten, war die Frage der Selbstmachung der Wanderarbeiter für manche Bevölkerungskreise von untergeordneter Bedeutung. Brachten doch die Wanderarbeiter infolge ihrer Sparsamkeit jedes Jahr eine nicht unbedeutende Summe Geld in das Land, welches sich befruchtend auf Handel und Gewerbe auswirkte. Aber immer schwieriger ist es schon in den letzten Jahren geworden, daß die Ziegler noch auswärts Arbeit finden. Dies hat seine verschiedenen Ursachen. Einerseits sind gerade in den benachbarten Gegenden, wo früher die Lipper vorwiegend Arbeit fanden, durch die Rationalisierung sehr viele Arbeitskräfte freigelegt worden, die nun anderweitig veruchen, Arbeit zu erhalten. So finden wir, daß fast überall, auch in solchen Gegenden, wo früher die Einheimischen nicht daran dachten, auf der Ziegler zu arbeiten, jetzt die Einheimischen die Lipper von der Arbeitsstätte verdrängen. Dazu kommt noch, daß die Kommunalverwaltungen einen nicht gelinden Druck auf die Betriebsinhaber ausüben dahingehend, zuerst die Einheimischen zu beschäftigen, bevor fremde Arbeiter eingestellt werden. Immer schwieriger wird es sogar den an der Grenze wohnenden Lippern, in den angrenzenden preussischen Gemeinden Arbeit zu erhalten, weil die Lipper, man könnte bald sagen, als lästige Ausländer angesehen werden. In den letzten Jahren war es schon nicht mehr möglich, daß alle Ziegler auswärts Arbeit erhielten. Zahlende mußten zu Hause bleiben, weil sie keine Arbeit finden konnten. Not und Elend pocht an die Türen und ist schon seit langem in vielen Familien eingedrungen. Wenn nicht alles krügt, werden wir auch im kommenden Sommer damit zu rechnen haben, daß eine sehr erhebliche Zahl Ziegler keine Arbeit finden wird. Aber nicht nur im kommenden Sommer werden wir die Tatsache zu verzeichnen haben, sondern alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch in Zukunft keine Möglichkeit mehr bestehen wird, allen Ziegler außerhalb

Ditzement G. m. b. H. gegen Zementverband

Wir hatten vor einiger Zeit die Mitteilung von der Gründung der Ditzement G. m. b. H. sowie von deren Absicht, eine neue Zementfabrik für Ostpreußen in Königsberg zu errichten, gebracht.

Das Projekt wurde in den Fachblättern der Unternehmer nicht mit besonderer Freude aufgenommen und verschiedene Einwendungen gemacht. So sollte die Arbeitslosigkeit durch ein solches Projekt noch mehr vergrößert werden, die Rohstoffbasis sei zu schmal und noch verdringenes mehr. Kurz, es wurde so hingestellt, daß der Zement für Ostpreußen statt billiger, teurer werden müßte, weil die Produktionsbedingungen für Zement in Ostpreußen ziemlich ungünstig lägen und noch verdringenes mehr. Von diesen Einwendungen haben wir ebenfalls damals Mitteilung gemacht.

Die Ditzement G. m. b. H. ist nun in der Königsberger Hartungschen Zeitung Nr. 125 vom 15. März 1931 in einem Artikel auf die verschiedenen, gegen das von ihr geplante Objekt gerichteten Angriffe näher eingegangen. Hauptächlich wendet sich die Ditzement G. m. b. H. in ihrem Artikel gegen den Zementverband. Dieser habe sofort nach Gründung der Gesellschaft begonnen, den Gedanken der Errichtung einer neuen Zementfabrik zu bekämpfen. In einem Rundschreiben habe er behauptet, daß die Errichtung des Werkes die Arbeitslosigkeit noch verfeinern würde. Das sei natürlich ganz abwegig. Es sei zwar richtig, daß ein modernes Werk zur Erzeugung von 60000 t Zement „nur“ 100 Arbeiter brauche. Es kommen aber noch zwanzig Arbeiter, die in den Tongruben Ostpreußens beschäftigt sind, hinzu. Falsch ist es aber, wenn der Verband behauptet, daß eine ungleich höhere Zahl von Köpfen nur für den Umstand der jetzt auf dem Wasserwege ankommenen 60000 t beschäftigt seien, die dann durch das beabsichtigte Unternehmen arbeitslos würden. Das Ausland sollte ersatzungsgemäß pro Tonne 1 RM = 60000 RM für 60000 t. Dafür könnten aber nicht hundert sondern höchstens dreißig beschäftigt werden. Es würden aber, da man sich von der Gründung eine Belebung der Bauwirtschaft verspricht, während der Bauzeit für Dach- und Tiefbauten, Montagen, Transport usw. 200 bis 300 Arbeiter beschäftigt werden, was gerade zur Zeit der gegenwärtigen höchsten Arbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung wäre.

Man mag nun die vom Zementverband oder von der Ditzement G. m. b. H. gemachten Zahlenangaben für richtig oder falsch halten, wichtig ist, was die Ditzement G. m. b. H. über den Zweck der Neugründung sagt.

Da steht im Artikel folgendes: „Zweck der Neugründung ist ja vor allem, den durch den Verband sehr übertrieben hohen Zementpreis in Ostpreußen herabzusetzen“, wodurch ohne Zweifel die Bau- und Siedlungstätigkeit stark Anregung erfährt und viele neue Arbeitskräfte eingestellt werden würden.“

Wir sind ebenfalls der Auffassung, daß der Preis für Zement nicht nur für Ostpreußen, sondern im ganzen Inland noch bedeutend gesenkt werden könnte. Das würde jedenfalls das beste Mittel zur Hebung des Absatzes und zur Verbindung der Gründung neuer Zementwerke sein. Daß immer noch die erwarteten Gewinne ein großer Anreiz zu Neugründungen von

Ditzement G. m. b. H. gegen Zementverband

Außenwerkern sind, zeigt das Beispiel im Westdeutschen Zementverband. Raum ist der Verband notdürftig zusammengelockt, die Außenwerker sind mit Mühe unter die Döbnt des Zementverbandes gebracht, taucht schon wieder die drohende Gefahr der Gründung von Außenwerkern (siehe oben) auf.

Zu der Behauptung des Zementverbandes, daß sich das Werk nicht halten könnte, schreibt die Ditzement G. m. b. H. folgendes:

„Das wohl selten ein Projekt so eingehend in allen Punkten überlegt und geprüft worden ist, wie das unsrige, an dem wir nun über zwei Jahre arbeiten. Unsere Voranschläge sind äußerst vorichtig aufgestellt worden.“

Die in den Fachblättern gemachten Einwendungen über das Rohstoffvorkommen werden als nicht richtig hingestellt, ebenso über den Bezug von Brennstoffen.

Die Behauptung des Verbandes, daß in den letzten fünf Jahren alle Außenwerker vernichtet seien, entspreche nicht der Wahrheit. Wörtlich heißt es da:

„Man denke nur an Carlsdorf a. d. Ruhr, Weizenburg in Bayern und Alas, Danabrid.“

Der Verband müßte, um den Absatz unserer 60000 t zu verhindern, die gesamte in Ostpreußen benötigte Menge, also das Doppelte, unter unseren Verhältnissen auf den Markt werfen. Er hätte also ganz erhebliche Verluste zu tragen, schätzungsweise 1-2 Millionen RM jährlich.“

Interessant ist noch in der Erwiderung der Ditzement G. m. b. H., daß sie nur beste Qualitäten liefern würde, und zwar zu wesentlich ermäßigten Preisen. Sie draugten da nicht, wie der Verband, ins Ausland um so viel billiger zu liefern. Heute könne man deutschen Zement aus Litauen bezogen, billiger erhalten, als bei Inlandsbezug, trotzdem die ausländischen Händler sicher noch auf dem Markt verdienen.

Das zu errichtende Werk soll vorläufig nur auf eine Leistungsfähigkeit von 60000 t jährlich eingestellt werden. Das sei ungefähr die Hälfte des ostpreussischen Bedarfs.

Weiter wird noch ausgeführt, daß durch die Gründung etwa 3 Millionen RM in Zukunft in der Provinz verbleiben und mehrfach umgelegt und veräußert würden.

Zum Schluß wird die Hebung des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe für den Wohlstand der ganzen Provinz hervorgehoben und die Gründung einer einheimischen Zementfabrik als wahre Stütze bezeichnet. Das sei eine Erkenntnis, der sich trotz der Einwendungen des Verbandes, die maßgebenden Kreise nicht würden verschließen können.

Man mag nun zu dem Problem stehen wie man will, man mag die Angaben der einen oder anderen Seite richtig oder falsch halten, der Eindruck drängt sich auf, daß die Preispolitik der Verbände der eigentliche Grund ist, der immer neue Außenwerker auf den Plan rufen. Da stehen wir, wie schon oben ausgeführt ist, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Preis für Inlandszement noch ganz erheblich gesenkt werden könnte. Das würde das beste Mittel zur Hebung des Absatzes und damit auch der Produktion sein. Ob aber die Zementverbände aus der Tatsache, daß immer wieder neue Außenwerkerrundungen aufstünden, auch einmal eine Änderung in der Preispolitik eintreten lassen werden, wagen wir stark zu bezweifeln.

FÜR UNSERE JUGEND



Jungvolk und die Not der Zeit

Gegenwärtig ist es für junge Menschen nicht leicht, sich heilig im Strudel der Verhältnisse zurechtzufinden. Da kommt die kommunistische Partei und verspricht der Jugend, das Heil der Menschheit komme mit dem Bolschewismus; und wenn man in das Reich des Bolschewismus schaut, werden mit den gleichen Gewaltmitteln wie im Reich der Menschen, auch viele Arbeiter, gefoltert und geschunden. Freiheit, ein Lebens- element der Völker, kennt man nicht in jenen Gefilden des Bolschewismus, wo angeblich das Arbeiterparadies sein soll.

Auf der Gegenseite propagiert, mit dem gleichen Aufwand an Schlagworten und Neklame und Bläse, und mit brutalen Mitteln der Gewalt, die Nazi-Partei ihr „Drittes Reich“, in dem angeblich das Heil für die Menschheit kommen soll. Der Jugend werden dabei besondere Südwörter versprochen. Und wenn man näher zuseht, wird gerade in diesen Reichen die Jugend rücksichtslos zu politischen Zwecken mißbraucht und nur kommandiert. Sie hat nur Befehle der „Herrenmenschen“ zu befolgen. Mitzubestimmen oder zu sagen hat sie gar nichts. Freiheit ist in den Reichen ein völlig unbekannter Begriff. Dabei haben doch Völker Blut und Leben für die Freiheit geopfert. Das Ideal dieser Richtung ist wieder das italienische Mussolinis, wo es den Menschen trotz allem Faschismus dreist geht, als bei uns in Deutschland und sonstigen demokratischen Staaten. Also auch der Faschismus kann kein Menschheitsparadies schaffen.

Dabei soll keineswegs gesagt sein, daß Deutschland etwa ein Idealstaat wäre. Wir haben auch in Deutschland als Arbeiterjugend genug Leid zu erdulden und Baiten zu schleppen. Hier ist es wieder das Unternehmertum, das die Wirtschaft nicht mehr zu meistern vermag, wodurch besonders der Jugend große materielle und geistliche Schwierigkeiten erwachsen. Bei den Massenentlassungen werden wir jungen Arbeitskräfte meist zuerst auf die Straße gesetzt. Wir bekommen entweder nur ganz geringe oder gar keine Unterstützung und sind zum Teil auf die helfende Hand unserer Eltern und Geschwister angewiesen. Verzweiflung herrscht in unseren Reihen. Schon mancher hat im Selbstmord seinen Ausweg gesucht und viel leicht — gefunden. Wir sind zwangsläufig Ausgestoßene, Beiseitgesetzte und können doch nichts dafür; trotzdem werden wir von manchen Spießbürgern als Faulenzer beschimpft und verabscheut. Das ist unverantwortlich gehandelt und löst bei manchen von uns Gäh und Nadelgefühl aus. Was wissen die Beschimpfer von unserer Seelenqual und unserem harten Schicksal? Sie können sich gar nicht vorstellen, was es heißt, ohne Essen, ohne Verdienste, ohne Stellung, ohne Halt zu sein.

Wenn man in einer solch verzweifelten Lage noch nicht aufgegeben hat, wie soll man sich die Macht nehmen, anzukämpfen, wie Schule, Film, Presse, Kirche, bürgerliche Vereine und Parteien ihnen bei ihrem Kampf gegen die Arbeiter beihilflich sind. Wie sie mit all ihren Kampf- und Kampfmitteln die Arbeiterkinder beeinträchtigen und beeinflussen, wie sie unter neutraler Maske gerade die Arbeiterkinder absentken und für Gegenseite ausnutzen, dann muß man rebellieren werden, dann muß man sich dagegen zur Wehr setzen und den Kampf aufnehmen; denn das Verhalten und Gebaren der Besitzenden und ihrer Gefolgsleute zwingt ja dazu. In Anbetracht dieser Zustände sagen Teile des Bürgertums, die „Faschisten“, die „Nazisten“ hätten den Klassenkampf erfunden. Solchen Unfug sollen Arbeiter für wahr hinnehmen?

Die junge Generation der Arbeiter sieht freilich diese Wirklichkeit noch nicht von sich aus, weil diese zu verkleiden und umzuwandeln ist und weil ihr Massenbewußtsein nicht geweckt wurde. Sie unterliegen noch der bürgerlichen Begriffslehre von der Schule her, die ja neutral, das heißt im Sinne des

Bürgertums, unterrichtet, oder sie neigen zu denen, die ihnen mit dem Mund ein besseres Wohlergehen in Aussicht stellen. Ein Teil junger Leute, und besonders arbeitslose, sind empfänglich für schöne Reden, für Tamtam, für das Treiben von Halbtönen, für Uniform und Färbefang und für abenteuerliche Pläne. Mut, Kampfswillen und Kampfeslust haben sie auch, wenn ihnen alles schön mundgerecht gemacht wird, laufen sie mit. Eines der drastischsten Beispiele, daß die Jugend mit schönen Versprechungen immer wieder zu fördern ist, bietet uns der Zustrom zur französischen Fremdenlegion. Da sind abschredende Bücher in Massen geschrieben worden, die auch die Jugend liebt, da ist in sonstigen Schriften, Zeitungen und Vorträgen gewarnt worden; es nützt nichts, immer wieder werden die Jugendlichen, die nicht widerstehen können, wenn Versprechungen von Berben gemacht werden. Auf die gleichen Motive spekulieren und mit den gleichen Mitteln versuchen es auch die radikalen und extremen Parteien beim Jungvolk, um es dann rücksichtslos für seine politischen Zwecke zu opfern.

Nur die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei geht anders vor. Sie versuchen stets von der geistigen Seite die Jugend zu gewinnen, sie aufzuklären. Sie verweisen die junge Generation stets darauf, daß mit geistigen Mitteln der Kampf um eine Besserstellung der Arbeiterschaft geführt werden muß; denn geistige Macht ist unüberwindlich, wenn sie von starken Millionenorganisationen getragen wird. Diese Organisationen zu schaffen, diese Kraftsammler zu errichten, das ist eine wesentliche Aufgabe mit, die auch die junge Generation der Arbeiterschaft zu vollziehen hat. Dabei sollen keineswegs die Hände in den Schoß gelegt werden, wenn die Gegner der organisierten

Arbeiterschaft angreifen sollten, um mit brutaler Gewalt eine der genialsten Geistesbewegungen der Menschheit, die sozialistische Idee, zu unterdrücken. Das muß die Jugend bedenken.

Wenn der Kapitalismus die Wirtschaft nicht mehr in Gang bringen sollte, muß die Arbeiterschaft diese Aufgabe übernehmen und durchführen. Etwas anderes gibt es nicht. Da muß die Jugend mitfahren; denn sie hat ihre Zukunft in ihrem Sinne zu gestalten. Zu dieser Aufgabe muß sich aber auch die Jugend geistig vorbereiten und besonders unter sich verbünden. Ein Arbeiterjunge und ein Arbeitermädchen gehört zu die Reihen der Arbeiterbewegung und nicht ins bürgerliche Lager. So wenig wie Bürgerliche in Massen zur Arbeiterbewegung kommen, so wenig dürfen Arbeiter zum Bürgertum laufen. Auch Arbeiter müssen Klassenstolz besitzen und dürfen ihr Lager nicht verlassen und sich durch alle möglichen Versprechungen verlocken lassen, dem Gegner dienstbar zu sein. Jungvolk, du mußt selbst erkennen, was dir kommt, ob Lüge, Falsch, Nache, brutale Gewaltanwendung, Mord und Totschlag, oder organischer Aufbau und Mitbestimmung einer neuen besseren Welt, einer neuen Wirtschaft, die das Wohlergehen der Allgemeinheit garantiert. Die Jugend muß das begonnene Organisationswerk der Arbeiterschaft fortsetzen, erweitern, vergrößern und verstärken zu unüberwindlichen proletarischen Machtgebilden von überragendem Einfluß auf die Wirtschaft, die Politik und die Kultur. Sie braucht deshalb die notwendige Abwehr der Anhänger der Gewalt nicht zu vernachlässigen. Das muß auch sein, darf jedoch nicht zur Hauptaufgabe werden. Diese bleibt die Organisation der Arbeitermassen, der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um Mitbestimmung in der Wirtschaft, um deren Umgestaltung in eine sozialistische zum Wohle der Menschheit. E. Mgr.

Jugend und Bildung

Für die vorwärtsstrebende Jugend gibt es heutzutage manche Bildungsmöglichkeiten, zu denen wohl in erster Linie belehrende und interessante Vorträge, Kurse usw. gehören. Diese Einrichtungen bieten der aufwärtsstrebenden Jugend die beste Gelegenheit, ihr Wissen und Können in allen Teilen zu bereichern. Von den meisten wird behauptet, daß neben diesen Schulen und Vorträgen immer wieder die Selbstbildung der Hauptweg zu persönlicher Bildung sei. Das ist richtig. Die Selbstbildung ist und bleibt das beste Studium!

Sofort wird sich bei manchem die Frage einstellen: Wann, wo und wie sollen wir geistig tätig sein, auf welchem Wege und auf welcher Art und Weise sollen wir Selbststudium treiben?

Nachstehende Ausführungen sollen dazu dienen, uns in großen Zügen und Umrissen hierzu einige Winke und Ratsschläge zu geben:

Allem vorausgesetzt werden muß, daß man Selbststudium natürlich nur dann treiben soll, wenn man von des Tages Anstrengungen ausgeriht ist und auch wirklich Lust und Liebe zu der vorgenommenen Arbeit verspürt.

Recht sinn- und zwecklos ist es nämlich, sich mit Gewalt zu geistiger Tätigkeit zu zwingen. Durch eine sogenannte „Gewaltkur“ werden die Nerven übermäßig angekrenzt und aufgereizt, so daß dieses sinnlose Handeln schon des öfteren ein schweres Nervenleiden zur Folge gehabt hat.

Wo wir am besten studieren, wird wohl die nächste Frage sein, die auch sofort beantwortet werden soll. Natürlich wird hierzu ein freundliches und sauberes Zimmerchen zu bevorzugen sein, wo wir uns so recht behaglich fühlen und ganz für uns allein sind. Allerdings wird dieses jedem vorwärtsstrebenden Jugendlichen nicht immer möglich sein.

Johann Wolfgang von Goethe sagte einmal: „Die frische Luft des freien Feldes ist der eigentliche Ort, wo wir hingehören.“

Also wird es sich auch lohnen, mit unseren Lehrbüchern und sonstigen Studienmaterial hinaus in die schöne, weite und freie Gottesnatur zu gehen, wo Ruhe aufmerksames und erfolgreiches Studium macht.

Die nächste Aufgabe wird es sein, wohl die wichtigste Frage: „Wie sollen wir unsere Selbstbildung gestalten?“ eingehender zu behandeln.

Recht empfehlenswert und wohl gar erforderlich ist es, sich einen Arbeitsplan aufzustellen, wann und in welcher Weise man studium zu treiben gedenkt. Was wünschenswert ist zu beherrschen und welches Wissen ist für mich wichtig? Heber solche und ähnliche Fragen muß man zunächst schlüssig werden. Eine der unbedingten und wichtigsten Voraussetzungen (wenn das Studium zu einem erfolgreichen Ziele führen soll) sind die, daß man alle zu behandelnden Fächer gründlich und mit Verständnis durchgehen muß.

Zunächst schaffen wir uns als Grundlage ein oder mehrere gute und ausführliche Lehrbücher an, die man in gewisser Regelmäßigkeit von Zeit zu Zeit durchliest. Das Durchlesen wird wirksam, wenn man die wichtigsten Sätze mit Punktstift, rot oder blau — je nach Wichtigkeit — unterstrichen hat. Auf die Veränderungen schreibt man Hinweise auf entsprechende Artikel in Fortbildungszeitschriften, über neue Erkenntnisse, die in den Tageszeitungen usw. zu lesen waren.

Auf diese Weise wird stets Verbindung mit der Neuzeit gehalten und eine Reihe solcher Handbücher, regelmäßig durchgelesen, geben uns ein gutes Fundament unserer Selbstbildung und bleiben von dauerndem Werte.

Unbedingt erforderlich und von großer Wichtigkeit ist es, recht bald mit dem Wiederholen zu beginnen und vor allen Dingen gründlich wiederholen. Ein alter Spruch sagt: „Wiederholung ist die Mutter der Weisheit!“ Sehr empfehlenswert und von unglaublichem Erfolg und Bedeutung ist das laute Lesen. Außerdem soll man versuchen, schwerer zu begreifende und unverständliche Sätze, Wörter usw. durch Zeichnen von Karten, Skizzen u. a. m. verständlicher zu machen. Man erforsche die Gründe dieser und jener Tatsachen und werde sich darüber klar, welche persönliche Stellung man dazu einnimmt. Recht gut tut der Studierende, wenn er sich über die bereits durchgenommenen Fächer täglich kurze Aufzeichnungen macht, die dann bei einer späteren Wiederholung von großem Nutzen sein werden.

Aus den vorstehenden kurzen Ausführungen haben wir also schon zur Genüge gesehen und erkannt, daß Wiederholung, Aufmerksamkeit und vor allen Dingen ernstes Wollen die Grundlagen wirklicher Selbstbildung sind.

Wenn wir so verfahren, wird der Erfolg sicherlich nicht ausbleiben; werden wir uns auf die großen Anforderungen und Aufgaben, die heute im Beruf an uns gestellt werden, vorbereiten können; werden wir inneren Frieden verspüren und es bestimmt im Leben noch einmal zu etwas Großem bringen!

Du

Nicht Reden bringt vorwärts, sondern Handeln. Doch auch das Handeln, auch die Tat setzt in uns etwas voraus. Das wir zu ihr stehen mit unserem ganzen Menschen. Das wir uns einsehen für unsere Idee, wo es auch sei.

Nur eine Masse von Starlen hat Siegestraft. Nur wenn jeder einzelne sich ganz anstrenmt mit ganzer Kraft, bricht unter der Wucht der Masse das Alte.

Masse? Das bist du und du und du. Und nur wenn du und du und du, nur wenn wir alle stolze, freie, übergeugte Kämpfer sind, ist Masse liegend.

Du, nicht vom Standpunkte des Individualismus der Jahrhunderte. Der kannte das Individuum nur. Den einzelnen, losgelöst von dem Ganzen. Dem war das Individuum Selbstzweck, und Egoismus war die letzte Konsequenz.

Jetzt aber soll das Du neu werden. Jetzt soll wogend das Herz sein, das es wogend ströme ins Drüberleben. Jetzt soll der einzelne darin groß sein, daß er für einen gemeinsamen Gedanken kämpft.

Das ist das neue Glück, das um so größer ist, je mehr der Mensch handelnd umspannt. Wie klein, an den Sieg zu glauben, weil andere kämpfen! Das ist die Hoffnung der Schwäche, die niemals mit freiem Glücksgefühl erfüllen kann.

Nur aus eigener Tat kann Erleben wachsen. Nur wenn das Glück aus einer ringenden Seele quillt, erfährt es und ganz, bis in die feinsten Regungen unserer Persönlichkeit.

Die Freiheit kommt, wenn Tausende von Starlen, lebenswarmen Kämpfern sie erschaffen. Dann, wenn die Zuersticht von ganzen Kämpfern sie erringt.

Dann nur sind Menschen groß, wenn sie am unübersichtlichen die Welt umfassen, sie zu erleben und kämpfend vorwärts zu bringen zu neuem Glück. Dr. Gustav Hoffmann.

FRAUEN (UND) MÄDCHEN

Kollegin, mehr Klassenbewußtsein

Die Betriebsrätewahlen, die in diesem Jahre ganz besonders im Zeichen der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Notlage der Arbeiterschaft standen, wurden in fast allen Betrieben zu vorwiegend politischen Wahlen. Mit der größten Aktivität versuchten rechts- und linksreaktionäre Strategien, die längst als Feinde der freien Gewerkschaften bekannt sind, die Wahlen auszunutzen für ihre phrasenhaften und oft unpopulären Parteiparolen. Für alle Erscheinungen des kapitalistischen Systems, wie: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau, die als Folge der ungeheuren Krise uns so deutlich und gegenwärtig sind, macht man die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verantwortlich. Selbst die freigewerkschaftlichen Betriebsräte wurden in Flugblättern, Zeitungen und Verlautbarungen in einer Weise beschimpft und verleumdet, die den Kapitalisten hellste Freude bringen muß. Da sich die Stimmen der Frauen im Betriebe zu hören, ist man nicht einmal davor zurückgekehrt, eigene Parteigrundzüge zurückzuführen. Verächtlich haben nämlich die „Nazis“ auch Frauen zur Wahl gestellt, obwohl sie grundsätzlich zu Staats- und Gemeindepardamenten keine weiblichen Kandidaten aufstellen. Und es fanden sich leider auch Kolleginnen, solche widerstandswolle Kandidatur zu unterstützen. In einer Steingutfabrik, in der die Hälfte der Beschäftigten Frauen sind, wurden zu 20 fünf Frauen mit auf die Wahlzettel der Nazis gedrückt. Man sollte kaum erwarten, daß sich Kolleginnen bereitgefunden hätten, hier als Mittel zum Zweck für so unerhörte Parteigründe zu dienen. Etwas mehr Klassenbewußtsein und Klassenstolz sollten Arbeiterinnen denn doch heutzutage haben! Oder glauben solche Kolleginnen wirklich, es würde ihnen besser ergehen unter der Herrschaft der Nationalsozialisten? Glauben sie durch diese politischen Grundzüge zu höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen zu kommen? Glauben sie etwa, im „Dritten Reich“ weniger ausgenutzt zu werden? Oder denken sie dort besser gehalten zu werden? Oder mehr Rechte zu haben? — Man, die bisher geübte Praxis nicht wirklich anders!

Leider sind es nicht nur „Nazis“ und „Gelbe“, die den Unternehmern die erwünschten Hilfsdienste leisten, sondern sogar sogenannte Kommunisten, die in dem Betreiben, die Schlagkraft der Gewerkschaften zu schwächen, als KGD eigene Ziele in manchen Betrieben aufzuziehen vermögen. Diese „Kommunisten“ sind auch auf ihre Aufgabe: als Pflanz im Bereich der Sozialdemokratie zu wirken! Das soll dann Arbeiterbewußtsein und Klassenkampf sein! — Natürlich sind dementsprechend auch die politischen Erfolge stets gleich Null. Unsere Kolleginnen müssen aber alle diese Dinge nachdenken, wenn sie nicht wollen, daß

die jahrzehntelange Arbeit und erfolgreiche Wirkung unserer Organisation sozusagen umsonst gewesen sein soll, und wir nicht wieder von vorn anfangen sollen mit unserem Kampf um einfachste Arbeiterrechte. Während der Kampf der Frauen um völlige Gleichberechtigung noch längst nicht abgeschlossen ist, kämpfen die Nazis grundtätig gegen die Gleichberechtigung der Frauen. Durch ihren „großen“ Theoretiker Feder lassen sie z. B. fordern, daß die Frau wieder Magd und Dienerin werden müsse. Als vor einiger Zeit eine Frau Vorsitzende des Schöffengerichts Charlottenburg wurde, schrieb dazu Herr Goebbels in seinem „Angriff“, daß dies eine „Herabwürdigung der Rechtspflege“ bedeute, wie sie ärger kaum gedacht werden könne. So also kämpfen die Führer „für“ die Frauen. Trotzdem konnten sie sich etwa 3 Millionen Frauenstimmen im letzten Reichstagswahlkampf ergattern. Wir sollten als Arbeiterinnen viel zu stolz sein, uns so als „gedankenlose Masse“ für die politischen Geschäfte dieser Arbeiterfeinde herzugeben. Oder sollen wir der Entwicklung gleichgültig zusehen, bis der „angereichte“ Herr Feder so groß ist, daß es in einigen Jahren nicht wieder gut gemacht werden könnte? Wenn in der nationalsozialistischen Zeitschrift „Der Meister“ ein gewisser Herr Feder schreibt: „Wir Nationalsozialisten gerichteten auch die Augen auf die Arbeiterschaft. Darum müßt ihr Unternehmern am Großkapitalisten uns das Recht geben, in unserer Aktion von dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen“, — so ist das nicht nur eine großmäulige Geste, sondern ein Programm. Die Nazis dokumentieren sich hier offen als Helfershelfer des Unternehmers. Die Ausführungen des Herrn Feder im Reichstag, der Arbeiter habe im wilhelminischen Staat alles gesunder, was er zu beanspruchen habe“, kennzeichnet ja auch deutlich genug die Einstellung dieser Leute zu den Forderungen der Arbeiter, auf Verbesserung ihrer Lebenslage. Die Nazi-Betriebsräte sind also schon gar nicht in der Lage, für Arbeiterrecht und Arbeitsrecht überhaupt für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten.

Kolleginnen! Ihr müßt über alle diese Fragen mit euren Arbeitsschwestern reden! Ihr müßt intensive Aufklärungsarbeit leisten, denn ihr habt die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß eure Rechte im Betrieb gewahrt werden können durch unsere, tüchtige Kolleginnen und Kollegen, die den Rückhalt der Gewerkschaften haben. Die Gewerkschaftsorganisation, der Verband, das ist die stabile Plattform des Klassenkampfes! Alle übrigen Organisationen sind nicht in der Lage, erfolgreiche Arbeitskämpfe zu führen. Je stärker die Organisation und die Mitarbeit der Kolleginnen, desto besser und sicherer die Erfolge!

der lippeischen Grenzen Arbeitsmöglichkeiten nachzuweisen. Und da ist die Frage, ob durch die Aufgabe der Selbständigkeit Lippe diese Verhältnisse gebessert werden können, berechtigt. Wir glauben diese Frage bejahen zu müssen.

Lippe ist nicht in der Lage, seinen Bewohnern Arbeit und Verdienst zu geben, andererseits sind Lippe und dessen Gemeinden aber auch nicht in der Lage, die arbeitslosen Lippebewohner zu unterstützen wie in den preussischen Gemeinden. Sind doch heute schon die Wohlfahrtsunterstützungen durchschnittlich um 50 Proz. niedriger als in den angrenzenden preussischen Gemeinden. Es ist schon mehr als einmal von maßgebender Stelle betont worden, daß der Verwaltungsapparat für das kleine Land Lippe zu teuer ist, wenn auch zugegeben werden muß, daß dies vielleicht wegen der eigenen Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung nicht zu umgehen ist. Wir glauben aber, daß, wenn Lippe eine preussische Provinz ist, manche Ausgaben gespart werden können, um für andere Zwecke verwendet zu werden. Wenn man bedenkt, daß in Lippe die Gewerbesteuer und auch andere Steuern gegenüber preussischen Städten und Gemeinden um 200 bis 300 Proz. niedriger sind, so ist es verständlich, daß gerade die Preise an der Selbständigkeit Lippe festhalten, die diese Steuer zu zahlen haben. Weil dem so ist, muß darunter die arbeitende Bevölkerung leiden. Hätten wir die gleichen Steuerhöhen, so könnten viel mehr Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden, und auch die Wohlfahrtsunterstützungen könnten erheblich erhöht werden. Auch glauben wir, daß durch den Anschluß an Preußen bessere Verkehrsbedingungen erreicht werden, wodurch ebenfalls Arbeit und Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Vor einiger Zeit jagte der Abgeordnete Kuhlmeier im Landtage, die lippeischen Beamten hätten kein Interesse an der Aufrechterhaltung des lippeischen Kleinstaates, wenn der Staat nicht in der Lage sei, die lippeischen Beamten so zu besolden wie Preußen. Auch wir als Beamter und auch die übrige Arbeiterschaft hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Lippe, wenn der lippeische Staat nicht in der Lage ist, entweder Arbeit zu schaffen oder mindestens die gleichen Unterhaltungsätze an die Ausgesteuerten zu zahlen, wie die angrenzenden preussischen Gemeinden. Wenn ferner die Aussicht besteht, daß auch in wirtschaftlicher Hinsicht durch den Anschluß an Preußen eine Erleichterung für die arbeitende Bevölkerung sich bietet, so können wir nur sagen, je eher der Anschluß an Preußen vollzogen wird, desto besser wird es für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sein.

40 Jahre Deutscher Textilarbeiter-Verband

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband kann nun auch auf vier Jahrzehnte seines Bestehens zurückblicken. Vor 40 Jahren wurde er auf dem ersten deutschen Textilarbeiter- und Arbeiterinnenkongress vom 29.-31. März 1891 in der Tuchmachereistraße 15 in Berlin gegründet und bekam den Namen „Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“. Textilarbeiterorganisationen bestanden schon vor dem, aber an den genannten Tagen bildeten eine große Anzahl auf dem Kongress ihren Willen zur Zentralorganisation. Das war nicht leicht, denn es fehlte die nötige Organisation, die Zentralorganisation davon, weil sie eben besser der Entwicklung Rechnung trug. Einige Lokalorganisationen blieben wohl bestehen, doch erlangten sie nicht die Bedeutung, es war jedoch nicht nur ihr Gegenwille entscheidend, sondern auch die bestehenden Landesgesetze, die ihre abschneidende Haltung gegen die Zentralorganisation mitbedingte. Im Laufe der Jahre wurden die Gegensätze ausgeglichen und die Lokalorganisationen schlossen sich der Zentralorganisation an. Diese wuchs, entwickelte sich, wurde größer, gewann an Bedeutung, und gegenwärtig haben 800 000 Textilarbeiterinnen und -arbeiter sich in ihrem Verband vereinigt. Die Arbeiterinnen bilden die Mehrheit im Verband und sind ebenso rührig wie die Männer in der Vertretung der Arbeiterinteressen. Der Textilarbeiterverband hatte große und umfangreiche Kämpfe zu führen. Es sei nur an den Grimmitzschauer Arbeitszeitkampf im Jahre 1903 erinnert, der in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus die Arbeiterschaft und das Antizentrismus im Vornehmte hielt. Die Pionierarbeit war auch im Textilarbeiterverband, wie in anderen Verbänden, nicht leicht, forderte Opfer und risk. Aber immer kamen neue Kämpfer hinzu, die die Reihen füllten und in die Breche sprangen. Der Kampf lohnte sich. Der Verband steht heute groß und wichtig in der deutschen Gewerkschaftsfrente. Wir gratulieren zu seinem Jubiläum und hoffen, daß er noch weitere Jahrzehnte die Trutzburg der Textilarbeiterschaft sein wird.

Der erste Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Karl Schrader, konnte am 1. April auf seine 25jährige hauptamtliche Tätigkeit im Verband zurückblicken. Seit 1893 organisiert wurde er 1906 in Kassel Geschäftsführer der Ortsgruppe, vier Monate darauf Gauleiter in Stuttgart, und 1909 übernahm er in der Hauptverwaltung nach Berlin. Karl Schrader ist 1868 in Apolda geboren und feiert nun als 63jähriger sein Antrittsjubiläum. Er hat in schweren Zeiten seinen Mann gestanden, sich bewährt in der Arbeiterbewegung, und seiner Organisation wesentliche Dienste geleistet. Dem Jubilär ist noch recht lange unverwundliche Schaffenskraft zu wünschen, damit er der Textilarbeiterschaft noch treue Dienste weiterleisten kann.

Ferienreisen 1931

Die Zeit der Wanderungen und der Ferienreisen rückt näher. Leider werden in diesem Jahre viele Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen keine Erholungsreise machen können. Andere Millionen haben nur einige Tage Urlaub, so daß sich eine Reise nach einem fernen Stück Erde nicht lohnt. Aber diejenigen, die Zeit und das Geld haben, eine Ferienreise machen zu können, seien auf die Organisationen hingewiesen, die Wanderungen und Reisen veranstalten. Der Ortsausschuß Leipzig des A.D.G.V. besitzt seit Jahren eine gut ausgestattete Reiseorganisation. Für dieses Jahr sind unter anderem vorgezogene Reisen in den Thüringer Wald, in den Harz, durch den Schwarzwald, nach dem Rhein und der Nordsee, in die österreichischen Alpen, nach der Schweiz, Jugoslawien, nach Italien und nach Frankreich. Ferner vermittelt der Ortsausschuß Leipzig Ferienaufenthalte im Eigenheim der Leipziger Gewerkschaften Neumühle und in Tellerete in der Südböhme. Alle näheren Angaben enthält der Briefbogen, der gegen Einsendung von 40 Pf. zu beziehen ist durch die Verlagsanstalt des A.D.G.V., Berlin S 14, Inselstraße 6 a. Die Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheim e. V. (Hafen), Jena, Marienstraße 4, besitzt zahlreiche Heime in den Bergen und Tälern des Thüringer Waldes, des Vogtlandes und des Erzgebirges und im märkischen Seengebiet. In diesen Heimen finden wandernde und erholungssuchende Arbeiter und Arbeiterinnen freundliche und billige Unterkunft. Nähere Auskunft erteilt die Gesellschaft nach Einsendung der Briefmarke für das Antwortschreiben. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ unterhält in einer ganzen Reihe von Städten gutgeleitete Reisebüros, die gemeinsam mit den Zentralbüros der Naturfreunde in Nürnberg Fernreisen nach nahezu allen deutschen Reise- und Wandergebieten sowie in das europäische Ausland durchführen. In diesem Jahre sind Reisen vorgesehen u. a. in

die bayerischen Alpen, in den Schwarzwald, an den Rhein, ins Sauerland, in die Lüneburger Heide, nach Bornholm, in die Sächsische Schweiz, in das märkische Seengebiet, ins Kauzger und Erzgebirge und viele Auslandsreisen. Eine genaue Übersicht über die geplanten Reisen enthält das Verzeichnis, das zu beziehen ist gegen Einsendung von 35 Pf. in Briefmarken von den örtlichen Naturfreundebüros oder vom Naturfreunde-Zentralreisebüro, Nürnberg-W., Sündersbühlstraße 5. Der Gemeinnützige Verkehrsverein Groß-Hamburg vermittelt Gruppen- und Gesellschaftsreisen nach Hamburg und von Hamburg nach der näheren und weiteren Umgebung, bis nach der sagenumwobenen roten Felseninsel Helgoland. Die Briefanschrift lautet: Gemeinnütziger Verkehrsverein Groß-Hamburg e. V., Hamburg 15, Nagelsweg 14. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre wieder zahlreiche Ferien- und Studienreisen ins In- und Ausland. Insgesamt sind etwa 50 Reisen vorgezogen. Auch Ferienaufenthalte werden vermittelt. Die Studienreisen werden nach verschiedenen Gesichtspunkten durchgeführt, ihr Hauptzweck ist, den Teilnehmern durch das eigene Schauen und Erleben unmittelbare Einblicke in wichtige Kultur- und Wirtschaftsgebiete zu vermitteln. Das Verzeichnis ist gegen Zahlung von 35 Pf. zu haben bei allen Arbeiterbuchhandlungen, in den meisten Partei- und Gewerkschaftssekretariaten, oder direkt beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Denkt zum Frühjahr an euer Eigenunternehmen
Das Lindcar-Fahrradwerk
Aktien-Gesellschaft
Berlin-Lichtenrade



Fahrräder und Nähmaschinen billiger!
Neue Modelle! Neue Preise!
Kleinste Raten!
Niederlagen in allen Teilen des Reiches. - Alle Ortsausschüsse des A.D.G.V., alle Kartelle vermitteln Aufträge, auch unsere Geschäftsstellen und Funktionäre

Lindcar-Fahrräder und Nähmaschinen
Das Lindcar-Fahrradwerk, den Kolleginnen und Kollegen als Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften bekannt, tritt in die neue Saison ein mit der Parole: Weisabau! Neue Fahrrad-Modelle sind geschaffen, die den Ansprüchen des Jahres Rechnung tragen. Nicht nur die beliebten Ballonräder sind im neuen Katalog enthalten, sondern auch ein Motor-Fahrrad, ausgerüstet mit dem Motor der Firma Fichtel & Sachs, wird angeboten. Die Preise haben eine wesentliche Ermäßigung erfahren. Daneben stehen die schnell bekannt gewordenen Lindcar-Nähmaschinen. Die stark ermäßigten Preise sorgen dafür, daß die modern ausgestatteten Qualitätsmaschinen für jeden erschwinglich sind. Die bisher nur mit dem Zentralspul-System ausgestatteten Nähmaschinen sind nun ein Schwingschiff-Modell ergänzt worden. Der Preis für diese Schwingschiff-Maschine ist 167 RM. Wir machen erneut auf die besonderen Vorteile der Lindcar-Nähmaschinen mit Zentralspulen aufmerksam: Sie nähern nicht nur vor- und rückwärts, sondern sind auch mit einem mechanischen Transporter-Versender ausgestattet, der es erlaubt, mit einem einfachen Hebeldruck die Maschine zum Stecken und Stopfen herzurichten. Die Möbelausstattungen der Nähmaschinen sind dem modernen Geschmack angepaßt. Die Möbel bilden wirklich Schmuckstücke für unsere Wohnungen. Unser Eigenwert ist von seinem Zahlungssystem nicht abgewichen. Der Verkauf von Fahrrädern und Nähmaschinen erfolgt an unsere Kolleginnen und Kollegen gegen kleinste Raten von 2,25 RM bis 9,75 RM pro Woche, resp. 9 RM bis 15 RM pro Monat. Unsere Verbandsbüros und alle Ortsausschüsse des A.D.G.V. verfügen über Kataloge und Bestellmaterial und geben Auskünfte. In den Groß-Niederlagen, die sich in allen Teilen des Reiches befinden, und in mehreren Hundert Abgabellagern ist der Bezug direkt ab Lager möglich. Andererseits erfolgt die Zustellung der Fahrräder und Nähmaschinen direkt an den Besteller. Unser Wert hat auch in dem Notjahr 1930 seine Existenzberechtigung bewiesen. Es bleibt mitführend auf dem deutschen Fahrradmarkt. Wir müssen alle dafür sorgen, daß wir führend bleiben.

Bolschewistisch-kapitalistisch
Die verantwortungslosen kommunistischen Abenteuer von Halle und Merseburg haben auch dem Konsumverein Gotha ein gleiches Schicksal bereitet, ihn nämlich im Privatkapitalismus überantwortet. Wie in Halle, so hat auch in Gotha eine privatkapitalistische Interessengemeinschaft die kommunistisch heruntergewirtschaftete Genossenschaft in die Hände bekommen, obwohl der zuständige Revisionsverband organisatorische und materielle Vorkehrungen zur Rettung der Genossenschaft gemacht hatte. Die Vertreter von Halle wollten die Rettung auch in Gotha, und eine bedauerlicherweise, behörte Gefolgschaft ging blind in die Schicksalsgemeinschaft von Halle. Der ganze Jammer jenes irrsinnigen Treibens mag aus den Ausführungen hervorgehen, mit denen der Vertreter Moskows, der Bankrott von Halle, Erlinger, die Privatkapitalisten in einer Gläubigerversammlung umschmeichelte: „Sie, meine Herren, müssen uns als die Exponenten des Kapitalismus gegen die Vormachtstellung der GEG in den deutschen Genossenschaften betrachten. Dankbar sollten Sie uns sein, daß wir versuchen, diesen Kampf mit der größten Mithraslosigkeit durchzuführen, der nur einzig und allein den Privatkapitalisten die Möglichkeit wieder gibt, an die deutschen Genossenschaften heranzukommen. Dazu allerdings ist notwendig, daß man auch etwas ins Geschäft fecht. Hier in Mitteldeutschland ist es der A.D.V. Halle, der diesen Kampf für die gesamte revolutionäre Genossenschaftsbewegung führt.“

Daß sie sollten sie uns dankbar sein und nicht etwa mit Angriffen gegen uns herauskommen usw.“
Wird es ein größeres Verbrechen, als diesen unerhörten Kampf gegen die mit so unendlicher Mühe aufgebauten Eigenbetriebe der deutschen Genossenschaften?

Eine beachtenswerte Warnung!
Wir warnen unsere Kollegen immer wieder vor unüberlegter Unterschriftleistung. Genau so dringend ist eine Warnung vor den sogenannten Versicherungszeitschriften zu beachten. Die Vertreter benutzen sehr oft die Abwesenheit des Familienvaters und drängen der Hausfrau durch geschickte Ueberredungskünste ein Abonnement auf eine sogenannte Versicherungszeitschrift auf. Was sind eigentlich Versicherungszeitschriften? Es sind Wochen-, Halbmonats- oder Monatschriften meist unüberwertigen literarischen Inhalts, die mit einer sogenannten Versicherung verbunden sind. Allerdings ist die Versicherung nach Auffassung des größten Teiles der Fachwelt nur unzulänglichlicher Versicherungserwerb. Die Versicherungsbedingungen enthalten nämlich mannigfaltige Bestimmungen, die den Verleger der Versicherungszeitschrift bei Eintritt des Versicherungsfalles sehr oft von jeder Leistungspflicht befreien. Unsere Warnung sollte größte Beachtung finden. Ist in Kollegenkreisen das Bedürfnis nach literarischen Erzeugnissen vorhanden, bietet jede Volksbuchhandlung allen Geschmacksrichtungen genügend Auswahl, und den Versicherungsgeschub erreicht jeder am besten durch den Abschluß einer Volks- bzw. Lebensversicherung bei einer soliden Versicherungsgesellschaft. — Unsere Kolleginnen und Kollegen sollten wissen, welches Versicherungsunternehmen für sie in Betracht kommt.

Gau- und Zahlstellen
Fraureuth, Jubiläumsfeier
Die Zahlstelle Fraureuth gehört zu denen, die in der Geschichte der Porzellanarbeiterbewegung einen Namen haben. In Fraureuth war einmal der Sitz des deutschen Porzellanmalerverbandes. Dieser Umstand trug mit dazu bei, daß in Fraureuth die gewerkschaftliche Organisation stets gefördert wurde. Der gewerkschaftliche Gedanke fand schon im Jahre 1889 in Fraureuth einige Anhänger, die allerdings nur bis zum Jahre 1871 ihrer Sache treu blieben. Darauf kam Ende der 1880er Jahre wieder eine gewerkschaftliche Organisation in Fraureuth zustande, die sich stolz Deutscher Porzellanmalerverband nannte. Dieser fand sogar am 11. und 12. August 1889 zu einem Delegiertentag nach Weida ein, der auch abgehalten und wo der Beschluß gefaßt wurde, daß sich die vertretenen acht Malerverbände zum „Verband Deutscher Porzellanmalers und Berufsgenossen“ mit dem Sitz in Fraureuth am 1. Januar 1890 zusammenschließen werden. Der Beschluß wurde nicht ausgeführt. Als sich dann die verschiedenen Porzellanarbeiterorganisationen unter tatkräftiger Mitwirkung des Kollegen Georg Wolmann zum Verband der Porzellanarbeiter zusammenschlossen hatten, reichten sich im ersten Vierteljahr 1893 von Fraureuth 95 Mitglieder der Zentralorganisation ein und halfen mit der Zahlstelle zu vergrößern. Das gelang auch von Jahr zu Jahr, und die Kollegschaft von Fraureuth gehörte mit zu denen, die sich stets mit für das Verbandswohl einsetzte. Seit der Stilllegung der Porzellanfabrik Fraureuth im Jahre 1928 ist der fortwährende Entwicklung der Zahlstelle Einhalt getan. Es trat ein Mißschlag ein, der aber keineswegs dazu führte, daß die Jahre der Organisation verlassen wurde. Als Jubiläum konnten folgende Kollegen geehrt werden: Dr. Stephan, Julius Schickel, Hermann Wehnert, Max Aug, Richard Dietz, Emil Wed, Max Schwarz, Paul Seifert, Otto Träger, Max Schenderlein, Max Scheffel und Richard Schreiber.

Eine besondere Auszeichnung. Die Jury der Deutschen Buchausstellung, die alljährlich zum Tag des Buches unter der Leitung der deutschen Buchproduktion des vergangenen Jahres die 50 bestausgezeichneten auszuwählen hat, nahm in diesem Jahre wieder zwei Werke der Büchergilde Gutenberg unter die Preisträger auf. Damit ist erneut bestätigt worden, daß diese Gemeinschaft wertvoller Buchverleger, die ihr literarisches Programm fortgesetzt ausbaut, auf dem Gebiete neuzeitlicher Buchkunst Vorbildliches leistet.

Literarisches
Die vom Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauchs E. V. (Reichsmilchschau) Berlin W 8, Wilhelmstr. 48, herausgegebene Werbroschüre „Arbeiter merkt auf!“ sollte in allen Arbeiterorganisationen, vor allem dort, wo Frauen erfaßt werden, Eingang finden. Sie stellt auf knappem Raum durch anschaulichen Text und gute Bilder die Bedeutung dar, die die Milch für die Ernährung des menschlichen Körpers hat und gibt Hinweise, in welchen verschiedenen Formen die Milch genossen werden kann: im Haushalt, auf der Arbeitsstelle, für die Kinder usw. Interessenten mögen sich an die vorstehende Adresse wenden.
Dr. Fritz Geratowohl: Erfolgreiche Lebensführung, Betrachtung und Anleitung. Berlin 1930, 1. bis 10. Tausend. Verlag Zentralverband der Angestellten (O. Urban), Berlin SO 36, Oranienstr. 40/41. 92 Seiten, Buchhandelspreis 2,40 RM.
Dr. Fritz Geratowohl, Lektor an der Universität München, nimmt in dieser Schrift Stellung zur Selbsterziehung des tätigen Menschen und der Kunst der Menschenbehandlung. Die Schrift ist gleichzeitig eine Einführung in die Ergebnisse der modernen Seelenkunde. Durch ihre sachliche Einstellung und durch die starke Betonung der Werte des Gemeinschaftslebens und der Bildungsarbeit besitzt die Schrift starke sittliche Werte. Frisch und klar geschrieben, mit zahlreichen praktischen Beispielen und brauchbaren Anleitungen ausgestattet, wird der Leser für seine Lebensführung aus ihr reiche Anregung schöpfen können.
Brechen die Nazis die Zinsknechtschaft? Nein, natürlich können und wollen die Hakenkreuzler die Zinsknechtschaft nicht brechen. Aber es ist nötig, den Nazis und ihren Nachfolgern das Lügenhafte ihrer Agitation nachzuweisen. Das erfüllt in volkstümlicher Weise und trotzdem wissenschaftlicher Exaktheit die neue Broschüre der Sozialdemokratischen „Räter und Schwätzer“!
Was würde eine Zwangsleistungung der Zinsätze, wie sie die Nazis beantragen, bedeuten? Welche Wirkung hätte diese Regulierung auf die Auslandsanleihen? Wie urteilen die Kapitalisten über das Demagogentum der Nazis?
Die kleine, 20 Seiten starke Schrift gibt präzise Antwort auf diese Fragen und enthält die ausgezeichneten „Prinzipien“ der Nazis handdrücklich. Diese wirksame Waife kostet 10 Pf. und ist in allen Volksbuchhandlungen, den Sekretariaten der SPD, und der Werbeabteilung, Berlin S W 68, Lindenstr. 3, zu haben.

Verbandsnachrichten
Fußschüsse
Ausgeschliffen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Eisenberg (Th.): Franz Gammann, Mitgl.-Nr. 918 379, Max Böhm, Mitgl.-Nr. 41 797, Erich Ludwig, Mitgl.-Nr. 570 071; gemäß § 14, Ziffer 3a und 6 in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Jüterburg: Franz Werner, Mitgl.-Nr. 809 539, Fritz Lobiniki, Mitgl.-Nr. 852 503; gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Meyau: Adolf Wahreuther, Mitgl.-Nr. 1 027 120.

Arbeitsmarkt
Porzellanmaler, 87 Jahre alt, perfekt in allen vor kommenden Handmalereiarbeiten für Blumen und Landschaft, vollständige Beherrschung der Aerographen und der Farbentechnik. Zeugnisabschriften stehen gern zur Verfügung. Angebote an E. Rauch, Fraureuth, Kolonie 5.

